

offensiv links

herausgegeben von der bewegung für sozialismus



öS 10,-/dm 1,50/sfr. 1,50
nr. 56
september 79
jahrgang 6

Wie man Terroristen macht

Zu diesem Heft

Die Sommerzeit (Urlaubszeit) hat in der September-Nummer unserer Zeitschrift deutliche Spuren hinterlassen. Nicht nur das verspätete Erscheinen – auch sonstige Mängel müssen wir mit Bedauern eingestehen.

Die Schwächen einer Publikation wie "offensiv links" sind unleugbar auch Schwächen ihres Trägers, der gesamten Organisation. Anlässlich des für Anfang 1980 geplanten 3. Bundeskongresses der Bewegung für Sozialismus wollen wir über die Ursachen dieser Schwächen und

über Möglichkeiten ihrer Beseitigung eine offene und das heißt auch öffentliche Diskussion durchführen.

Wie auf der hinteren Umschlagseite angekündigt, kommt demnächst – wir hoffen bis Mitte Oktober – eine Dokumentation über die Hintergründe der neuen Konflikte in Südostasien in Form einer Sondernummer der OL heraus.

Die Redaktion

Inhalt

- 3 Wie man Terroristen macht
- 4 betrifft: rechtsstaat
- 6 Randbemerkungen zur Alternativbewegung
- 10 linke revue
- 14 alltägliche geschichten
- 15 Normalisierung und kein Ende
- 16 Dokumentation: "Was wollen die Sozialisten?"
- 20 Diskussion: Für eine Neubestimmung linker Politik
- 22 Krieg und Scheinfrieden
- 25 Der Schah ging, der Schrecken blieb
- 26 Es geht nicht um Almosen
- 27 bücher

Impressum

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir

Widersprüche aufdecken. Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern.

offensiv links – solidarisch mit allen

Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien

Eigentümer, Herausgeber,

Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl.

Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion und Vertrieb:

1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52. Einzelpreis: S 10,-, Abonnement: S 90,- (jährlich). ● Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Wie man Terroristen macht



Auch wenn ein Sommer alles andere als heiß ist, versiegt in manchen Breiten doch regelmäßig die Nachrichtenflut zu einem Gerinne, das noch trüber als sonst ist. Wenn dann auch "Nessie" nicht aus ihrem Loch kommen will, saugen die Redakteure gramvoll an ihren Fingern, machen ein Gesicht wie vertrocknetes Einmachgemüse und sind sauer – daher der Name: Saure Gurkenzeit.

Da Journalismus aber ein sogenannter "freier Begabungsberuf" ist, fordert eine derartige Situation erst recht das ganze phantastische Können heraus – und eine "Story" erblickt das Licht der Welt. Die ist manchmal besser, manchmal schlechter, je nachdem ob beziehungsweise wie schnell sie dementiert werden kann. So hatte zum Beispiel der Vizechef eines österreichischen Nachrichtenmagazins vor ein paar Jahren die Idee, entlang der Westbahn installierte Eiswarngeräte – selbstverständlich unter Berufung auf "höhere Polizeikreise" – als Radarfallen zu verkaufen. Das war zugegebenermaßen sehr originell, aber weniger gut, da die Polizei schon aus Gründen der Verkehrssicherheit (es kam zu Notbremsungen und Sabotageakten) – zu einer Richtigstellung gezwungen war. Der Autor dieser Story hatte aber immerhin dadurch auf sein Talent aufmerksam gemacht, sodaß er zum Chef einer der größten Boulevardzeitungen des Landes avancierte. Gemeinsam mit der Redaktion führte er dort den letzten Nationalratswahlkampf derart geschickt für die ÖVP, daß sich die SPÖ, wenn sie nur einigermaßen weiß, was sich gehört, schon längst bedankt hat. Was macht dieses bewährte Redaktions-

team nun in einer journalistischen Dürreperiode? Es schreibt in Ermangelung realer Schrecknisse die Terroristen herbei!

Die Fakten sind dabei eher dürftig: Ein Häftling schmuggelt Briefchen, sogenannte "Kassiber" nach draußen, die Polizei erfährt davon und leitet ein Verfahren ein. – Aber dann erfahren Journalisten davon und leiten eine Kampagne ein, und zwar in der Stilform des Seriengroschenromans: Immer wenn dort zum Beispiel der Schurke seinen Colt zieht und bevor noch der rettende Held eingreifen kann, heißt es: "Fortsetzung folgt". Schließlich gibt es aber doch, nach zahlreichen spannenden Fortsetzungs-Momenten, den – manchmal durch eine überraschende Wendung herbeigeführten Höhepunkt.

– So auch im Kurier.

Denn jener Häftling ist das, was der gängige Politjargon einen Terroristen nennt, eine Spezies, die zum Leidwesen der Sensationspresse in Österreich nur in wenigen Exemplaren vorkommt. Daher muß eben das wenige ausgeschlachtet werden. (Vielleicht gibt es dann eines Tages mehr zu berichten, in der BRD soll sich dieses System ja bereits glänzend bewährt haben . . .)

So liest man denn am Samstag, 25. August, in Balkenlettern: *Palmers-Terrorist gab "Mordbefehl" aus der Zelle*. Halten wir uns nicht mit der Frage auf, warum "Mordbefehl" in Anführungszeichen steht, denn nur nach wenigen Zeilen heißt es: *Bericht Seite 17*. Dort findet man in der Tat einen Aufruf, genauso, wie ihn sich der durchschnittliche Karl-May-Leser vorstellt (daß der Kassiber gerade deswegen authentisch

sein könnte, obwohl der "Kurier" ihn veröffentlichte, steht auf einem anderen Blatt). Doch wie kam die Zeitung zu dieser präzisen Information? Sie beruft sich auf – *gestandene Unterweltler*. Doch noch ehe Zweifel an den Mitarbeitern aufkeimen könnte, heißt es schon: *Lesen Sie morgen: Die Kontakte zwischen der Unterwelt und einer Terroristin*.

Fiebriges Warten auf die Sonntagschlagzeile: *So bluffte Palmers Terrorist die Justizbehörde*. – *Unter Informantenschutz hat sich nun jener Mann in der Kurierredaktion zu einem Interview gestellt, der die Nachrichten an Pitsch Genossen hinterbrachte. Lesen Sie sein Geständnis auf Seite 15*. – Eiliges Blättern mit schweißnassen Händen, bis man erfährt, der Kassiberüberbringer sei zum *ständigen Briefträger zwischen Pitsch, Unterwelt und linker Szene avanciert* (die "Kurier"-Szene wird bescheidener, aber dennoch unbegreiflicherweise nicht erwähnt) und, daß die Freunde der Palmersentführer deren *Meinung nach offenbar zu wenig in den Medien für Aufmerksamkeit sorgten*.

– Aber sie haben es doch geschafft, dank ihrer Genossen vom Boulevard! Vergeblich wird man allerdings greifbare, belegbare Fakten, etwa das angekündigte Geständnis suchen. Stattdessen wird bereits Geschriebenes immer wieder, garniert mit geheimnisvollen Andeutungen, wiederholt und in all diesem Treibhausmief kleinbürgerlicher Gruseligkeit gedeihen nebenbei die prächtigsten Stilblüten: Ein Interview mit einer "linken Lady" wird angekündigt (natürlich: "Lesen Sie morgen..."). *Das Ergebnis des Gesprächs hätte freilich nicht nur Staatspolizisten verblüfft.*

Sind denn, fragt sich der arglose Leser, Staatspolizisten besonders leicht zu verblüffen (es gibt wohl keine "Kurier"-Leser unter ihnen), weist der Konjunktiv auf die Ergebnislosigkeit des Gesprächs hin – oder fand es am Ende gar nicht...?

Mit den Albernheiten der Reporter Höllriegel und Buzzi könnte man noch Seiten füllen, wie etwa, daß am 27.8. ein Faksimile eines angeblichen Terroristen-Kassibers abgedruckt wird, dessen Adresse mit einiger Mühe als "An das Bundeskanzleramt am Ballhausplatz" zu entziffern ist (schau, schau, der also auch; jetzt wird klar, weshalb die Stapo sich wundert). Aber

Satire beiseite!

In dieser Artikelserie wird so ganz nebenbei eine Frau unter voller Namensnennung und mehrmals ausdrücklich als Terroristin bezeichnet, nur weil sie von einem Mittelsmann – der einen Tag später als Unterweltler und bewaffneter Ganove charakterisiert wird – in einer eidesstattlichen Erklärung als Empfängerin der Pitsch-Kassiber genannt wurde. Damit sie nicht einmal mehr Zigaretten kaufen gehen kann, gibt es von ihr drei Fotos als Draufgabe. Die Berichterstattung des "Kurier" ist in diesem Punkt eine zynische Inszenierung von Heinrich Bölls "Die verlorene Ehre der Katharina Blum". – Wenn es in unserem Land in absehbarer Zeit so etwas wie Terrorismus geben sollte, so soll man nicht so tun, als seien die geistigen Geburtshelfer unbekannt!

Aber noch eine Facette hat die Terroristengeilheit der Boulevardpresse (in Wien müßte man in Ermangelung von Boulevards eigentlich von Trottoirpresse sprechen): Da wird Justizminister Dr. Broda, den die veröffentlichte Meinung schon seit längerem wegen seiner Vorstellungen von humanem Strafvollzug mit dem Odium des Grenzdebilen zu umgeben bemüht ist, schlicht gefragt, ob er auch jetzt noch Lust habe, Minister zu bleiben. – Wohl weil "Kronenzeitung" und "Kurier" ihm das Vertrauen entzogen haben.

ÖVP-Pressemann Hans Rauscher sieht in der Weiterarbeit Dr. Brodas eine gefährliche Drohung (Kurier, 31.8.), aber nicht nur wegen seiner "humanen Spinnereien im Justizwesen", auch wegen des geplanten Mietengesetzes, das die primitivsten Gesetzmäßigkeiten des Wohnungsmarktes leugnet und wegen des kommenden Mediengesetzes. Sollte letzteres inkrafttreten, würde dies bei einer gewissen Presse zum versteckten Foul, zur schlauen, heimtückischen Andeutung führen.

Das allerdings ist keine gefährliche Drohung. Für eine bestimmte Journalistenszene ist dies nichts als eine Aktionsbeschreibung.

R. H. ■

betrifft:

Von Zensur tönt's im Blätterwald. Das geplante neue Medienrecht aus dem Justizministerium ziele darauf ab. Hindere Journalisten an ihrer freien Berufsausübung, ihrem Broterwerb, ihrer demokratischen Pflicht. Verletze mithin die Grundrechte, die Menschenrechte. Davon war bislang freilich wenig zu spüren, eher umgekehrt: Durch die verzweifelte Suche nach der Sensation, speziell der kriminellen, wird sorgfältige Recherche, Suche nach den Fakten als überflüssig angesehen. Verletzt werden dabei die Menschenrechte des Medienopfers, da meist ohnedies krimineller Delikte verdächtig, ohnedies keines Schutzes bedürftig. Wie jüngst wieder im "Falle" Pitsch – erneut wieder dämonisiert, erneut auf Grund von Vermutungen, wieder, so scheint es, sind Beweise nicht mehr erforderlich. Die Presse hat ihn gerichtet, das Gerichtsverfahren selbst ist nur noch für den Artikel notwendig, um der Story ihre Authentizität zu geben. Denn die in Österreich vorrätigen Richter sind zumeist die, die die Presse im Auge hat.

Täter ohne Tat

Ein kleiner Fisch war's, von kaum jemandem beachtet; Gefolgsmann eines einstmaligen Großen in besseren Tagen. Der Große selbst ist heute noch Legende: Alois Schmutzer, König der Unterwelt, seit langer Zeit aus dem Verkehr gezogen. Den Kleinen kennt man noch heute nicht; er wird trotz des Sturmes, den er jüngst entfachte, bald wieder aus dem Gedächtnis schwinden. Der Sturm freilich bleibt. Sein Name darf hier – der Einfachheit halber – genannt werden, da ihn die Presse, die ihn zum Informanten machte, entgegen allen klassischen Regeln bereits preis gegeben hat. Und damit das Halali geschürt ist, zu dem die Unterwelt wie die Polizei angetreten ist, und über dessen Ende man sicherlich noch demnächst wird lesen können: Otto Pfob.

Pfob ist ein Typ, ohne den die Großen nicht sein können. Ein steter Wasserträger der Galerie, der beim Stoß die Aschenbecher ausleert und davon träumt, einmal ein Bankhalter zu werden. Und diesen Traum als Wahrheit dem ausgibt, dem er seine Geschichten erzählen kann: Bei einem Viertel Wein, das er auch noch selbst bezahlen muß.

Seine Delikte sind bescheiden: Diebstahl, Vagabundage, ja selbst einmal ein Einbruch. Zu größeren Delikten hat er keinen Zugang. Zu einem Raub wird er nicht mitgenommen, seinem "Freund"

Schmutzer darf er nur private Dienste leisten. Im konkreten Fall: Kassiber schmuggeln.

Der Traum als Wirklichkeit

Kassiber haben seit altersher – speziell für langfristige Verwahrte – eine wesentliche Funktion zur Aufrechterhaltung der eigenen Identität. Sie sind Ersatz für die Freiheit, Selbstbestimmung, unkontrollierter Willen in einer total kontrollierten, fremdbestimmten Zwangswelt. Die realen Kontakte mit der Außenwelt – wie etwa Besuche – werden von der Vollzugsbehörde kontrolliert. Der durchs Gitter geschobene Zettel nicht. Kaum einer, der auf der anderen Seite des Gitters saß, des Schreibens kundig, und nicht auf diesem Weg sich selbst ein Stückchen Realität in der – scheint's – freien Welt einen Platz zu schaffen suchte.

Die Existenz von Kassibern ist von ihrem Entstehen an den Vollzugsbehörden bekannt. Der Kassiberverkehr wird toleriert. Kaum steht auf diesenzetteln mehr zu lesen, als ohnehin zulässig wäre – ein Ausdruck des Wunsches nur nach dem bißchen Freiheit, Privatheit.

rechtsstaat

Nur gelegentlich steht Brisantes in diesem Papier: Verwünschungen oder gar Rachebefehle gegen solche, die nach Auffassung des Kassiberschreibers Schuld an der Erniedrigung, Inhaftierung des Verfassers hatten: Denunzianten, seltener Erhebungsbeamte, und dort meist nur gegen solche, die es mit den Rechten des vormals nur Verdächtigten nicht so ernst nahmen. Doch solche Rachebefehle werden kaum je befolgt; lebt doch der Empfänger der Botschaft meist in jener Welt, von der der Absender separiert ist.

Der Albtraum als verzerrte Wirklichkeit

Es gibt nun freilich einen Bereich, wo Kassiber Notwendigkeit und Realität erlangen – dort wo ein Anliegen eine Öffentlichkeit erreichen soll, von der der Inhaftierte wohl abgeschnitten wird, und der nicht Träume widerspiegelt, sondern Realität. In jüngerer Vergangenheit war dies im Zusammenhang mit dem Gefängnisalltag derer ersichtlich, die von der Gesellschaft zu Terroristen gemacht worden sind. In der BRD wurde dies aufgeblasen, bis hin zur Vermutung, die "Terroristszene" würde aus den Stammheimer Zellen gelenkt. Die Wirklichkeit war freilich anders: Nach den tatsächlichen Erkenntnissen des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden sind die wenigen, heute noch existenten Gruppen, die ihren abstrusen Kleinkrieg als Klassenkampfsurrogat ansehen, voneinander isoliert, geschweige denn, daß sie eine gemeinsame Kommandozentrale hätten. Die Realität der Kassiber aus Stammheim war eine andere, die Gefahr auch: Sie kündeten den tödlichen Ausgang einer ungleichen Auseinandersetzung – und sie benannten, verzerrt und unrealistisch, die Schuldigen.

In der BRD bestürzende Realität, in Österreich tragisch nur für wenige, insgesamt abgeschmackte Komödie: Die Palmersentführung, komödienhaft in der politischen Naivität und dem kriminellen Dilettantismus der österreichischen Beteiligten (sowohl der Täter als auch der Behörden), dramatisch im Ausgangsurteile eines Gerichtes, die nicht durch die Fakten im Fall, sondern von den Sensationsberichten in der Presse und dem grauenden Unterbewußtsein der Richtenden verursacht wurden (vgl. "offensiv links", Nr. 50).

Und auch die neueste Affaire in diesem Zusammenhang, die Kassiberaffäre,

bleibt Schimäre. Und gefährliche dazu, weil sie nicht nur den Fall selbst betrifft, sondern den ganzen Strafvollzug im Auge hat. Der „Fall“ selbst ist der: Pitsch hat – das ist erwiesen, freilich nicht so dramatisch – einen Weg gefunden, Kassiber nach außen zu schmuggeln. Pitsch soll – und dafür gibt es nur noch ein schwaches Indiz – von einer Racheaktion geträumt und diesen Traum via Kassiber nach außen gebracht haben.

Die Journaille hat – und daran ist leider kein Zweifel möglich – ihren massiven Terrorismus daran ausgelassen: Die Humanisierung des Strafvollzugs steht zur Diskussion. Wegen eines möglichen Kassibers, wie es sie schon bisher gab und wie sie noch bisher keine einzige Zeile wert waren.

Wahrheit und Dichtung

Die Fakten und die Ungeheuerlichkeit: Jener Pfof, den wir kurz eingangs charakterisierten, war letzter Getreuer seines Meisters Schmutzer. Für diesen besorgte er die Traumpost: Briefe an Menschenrechtskommission, die Präsidenten der Supermächte, die Großen der österreichischen Politik, mit einem Ziel – die Freiheit wieder zu erlangen.

Pitsch hatte sich mit Schmutzer angefreundet. Selbst bei seinen Besuchen von der Staatspolizei überwacht, konnte er seine Kassiber nicht übergeben. Er bat Schmutzer, dies für ihn zu besorgen. Und dieser hat es, wohl aus Mitleid. Risiko bedeutete es ohnedies nicht; Kassiber

verkehr gilt als interne Ordnungswidrigkeit, wird nicht geahndet nach dem Strafgesetzbuch.

Ein einziger Pitsch-Kassiber liegt wirklich im Akt: Ein politisches Manifest, dreisprachig, Wochen nach seinem angeblichen „Mordbefehl“ („Kurier“) verfaßt, verwirrt, verzweifelt, harmlos.

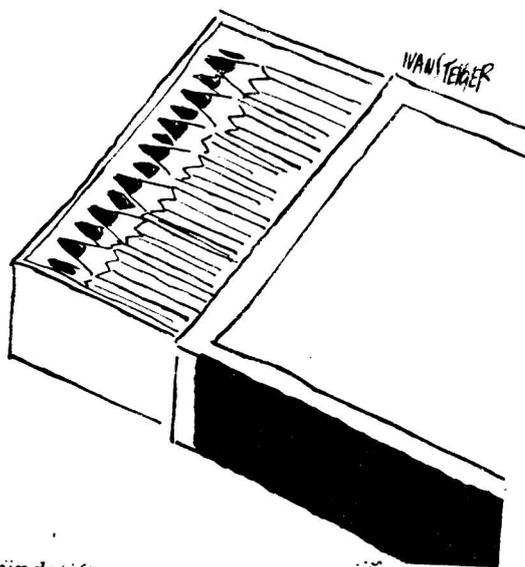
Ein zweiter ist noch recht plausibel, möglich immerhin: Er handelt von der Verzweiflung, daß der Hungerstreik der Inhaftierten in der Presse kaum Niederschlag fand. Mit Vorwürfen an die, die draußen waren und denen es nicht gelang, die Träume von „drinnen“ in die Wirklichkeit, „draußen“ umzusetzen.

Der dritte ist ein Phantom, von der Behörde nicht einmal ernstgenommen. Es ist jedoch jener Kassiber, von dem einzig „Kurier“ berichtete: Er soll Freunde, allenfalls die italienischen „Roten Brigaden“, zum Mord am Sicherheitsbüro-Kriminaloberstleutnant Hammer veranlaßt haben wollen.

Die Rekonstruktion der Abstrusität

Für diesen dritten Kassiber gibt es einen einzigen Anhaltspunkt: Die Behauptung des Pfof. Dessen Meldung wird zunächst von der Polizei nicht ernst genommen. Ein diesbezüglicher Aktenvermerk, schon Anfang Juli zu Papier gebracht, bezeichnet die Angaben als wenig glaubwürdig. Sicherheitsvorkehrungen für Oberstleutnant Hammer werden als unnötig betrachtet. Routinemäßig nur wird – und dies schon am 1. August 1979 – der Akt an die Staatsanwaltschaft weitergeschickt; wegen „Verdacht der Anstiftung zum Mord“. Jedoch: Pitsch wird zu der ganzen Angelegenheit nicht einmal einvernommen.

Pfof indes bleibt nicht untätig. Von der Polizei ebenso wie von der Unterwelt



mißachtet, wendet er sich dorthin, wo er sich Beachtung und Geld verspricht: An die Boulevardpresse, zunächst an die "Kronzeitung". Doch sogar diese lehnt ab. PfoB hat zwei große Nachteile: Als "Beweise" hat er nur von Schmutzer gezeichnete Kassiber an die Menschenrechtskommission, und bei der – von der Kronzeitung angeblich angefragten – Polizei den für Informanten schlechten Ruf eines Angebers.

So kommt er zum "Kurier", wo er einen Abnehmer für seine Geschichte findet. Einen schlechten zwar, speziell für ihn: statt des versprochenen Lohns von 5.000 Schilling erhält er nur Spott, dann eine Strafanzeige wegen versuchter räuberischer Erpressung (er verlangte seinen Lohn mittels Revolver) und schließlich die totale Aufhebung jeglicher Vertraulichkeit: Nicht nur er selbst wird mit Namen und Photo preisgegeben, auch Alois Schmutzer, an dessen Anonymität ihm noch mehr gelegen war. So hat PfoB seine Sicherheit verloren, allseitig. Er flieht, tot oder lebendig wird er wohl bald wieder auftauchen, jedenfalls aber schon wieder namenlos.

Der "Kurier" hat freilich mehr davon: Ohne den Schimmer eines Beweises, ohne jede amtliche Bestätigung, gibt er als Tatsache aus, was Tatsache erst mit dem rechtskräftigen Urteil des Strafrichters frühestens zu betrachten und zu berichten wäre. Für den "Kurier" wird Pitsch zum Mörder, schlägt den Sack und meint den Esel: Schuld ist natürlich Brodas Strafrechtsreform; meint "rau".

An der Auseinandersetzung, um die es hier wirklich geht, werden die kleinen wohl hängen bleiben. Pitsch eignet sich dafür hervorragend, das hat er schon im Zusammenhang der Palmersentführung bewiesen. Obwohl kaum tätig und wahrscheinlich unwissend, nach der Aktenlage zumindest, liefert er Geständnisse am laufenden Band – stets im Einklang mit den Fortschritten der Sicherheitsbehörde in der "Aufklärung".

Der Wortlaut des angeblichen Kassibers, in dem der "Mordbefehl" gestanden haben soll, ist nicht bekannt. PfoB konnte den Text nicht auswendig, hatte auch keine Photokopie. Der Text soll italienisch gewesen sein, PfoB kann kein italienisch. Der Polizei wird es ohne Zweifel gelingen, Pitsch einen passenden Text gestehen zu lassen, in gutem Italienisch, Pitsch beherrscht die Sprache.

Die Auseinandersetzung, um die es hier aber wirklich geht, die wird im Dunkeln bleiben: die veröffentlichte Meinung übt sich im Terror, im außerparlamentarischen. Gut gerüstet, mit Hinterland, legal: Sie zieht gegen die Strafrechtsreform. Mit Infamie, schamlos, dauernd mißachtend, wovon sie ständig schreibt: die Menschenrechte.

Ronny Pohoryles ■

Randbemerkungen zur Alternativbewegung

Die Stadt Wien erlebte in diesem Sommer nicht nur die Fertigstellung der UNO-City, sondern auch die Errichtung eines "Öko-Dorfes." Dies könnte vielleicht Anlaß sein, die längst überfällige Diskussion der Ziele und Möglichkeiten der Alternativbewegung von marxistischer Warte aus zu führen. Wobei sich hier sofort die Fragen stellen, ob der Begriff "Alternativbewegung" überhaupt sinnvoll in der Einzahl verwendet werden darf, ob nicht vielmehr von verschiedenen, in ihrem Streben oft widersprechenden Strömungen gesprochen werden muß. Und vor allem: in bezug worauf werden Alternativen gefordert beziehungsweise angeboten?

Wir bringen in der Folge zwei Dokumente. Das erste ist eine Auswahl aus insgesamt zwanzig Thesen, die, von Günther Bartsch verfaßt, in der Juni Nummer von "Studien zu Zeitfragen" (BRD) erschienen, und deren Programmatik für einen nicht unbeträchtlichen Teil der Alternativbewegung als repräsentativ gelten dürfte.

Der zweite Text erschien am 27. Juli im "Kurier".

Es ist uns natürlich bewußt, daß die Zusammenstellung dieser beiden Dokumente das Moment der Polemik in sich trägt. Die Frage, ob diese Polemik vermeidbar oder zwangsläufig ist, bietet vielleicht einen guten Einstieg in die Diskussion.

R.H.

- Der Revolutionär setzt sich die Eroberung der Staatsmacht zum Ziel, um von oben her die Gesellschaft durch Gesetze und Zwang umzuformen. Demgegenüber ist der Subverseur auf die Umstülpung des menschlichen Alltags bedacht, um das unter seiner Käseglocke schmorende kreative Potential unbefriedigter Bedürfnisse freizusetzen. Es waren die Situationisten, welche sich als erste auf den Alltag orientierten und dann in den Pariser Mai warfen, mit solchen Losungen wie "Die Phantasie an die Macht!".
- Der Revolutionär ist dem Leistungsprinzip verschrieben, das er auch in der "politischen Arbeit" durchsetzen will. Der Subverseur fordert das Recht auf Faulheit, um dem Leistungsprinzip das Rückgrat der täglichen Arbeitsdisziplin zu brechen. Nicht Organisation der Arbeit, sondern deren Aufhebung gehört zu seinen Zielen. Die Hippies und die Gammler als erste Erscheinungsformen des Subverseurs verließen Fabriken, Universitäten und komfortable Elternhäuser, um ein spontanes Leben zu wagen. Das geschah in dem historischen Moment, als die Industriegesellschaft umzukippen und in ihrer eigenen Massenproduktion zu ersticken begann. Folglich könnte der Subverseur ein geschichtlich notwendiger Typus sein, der Revolutionär hingegen, welcher das Arbeitstempo und die Arbeitsproduktivität ankurbeln will (zum Beispiel in den kommunistischen Staaten) ein absterbender.
- Der Revolutionär ist stets Anhänger einer kollektivistischen Ideologie, welche den Einzelnen klein schreibt und ihn den glorifizierten Massen unterordnet. Seit 1968 aber heißt es: Soziale Revolution ohne individuelle Emanzipation ist Konterrevolution. Die persönlichen Probleme können den gesellschaftlichen nicht mehr untertan sein. Der Subverseur ist Personalist in dem Sinn, daß er eine Verbindung von gesellschaftlicher Befreiung und Selbstbefreiung anstrebt. Wir sind in die Epoche der Individuation eingetreten, wo jeder für sich selbst verantwortlich und für alle anderen mitverantwortlich ist. Das Persönliche kann nicht länger als sekundär betrachtet oder gar als egoistisch denunziert werden. Jedes Individuum steht für die ganze Gesellschaft, welche sich nicht mehr von einer Partei oder Kaderorganisation usurpieren läßt.
- Deshalb ist auch die Zeit der Aufopferung und Selbstaufgabe vorbei, in die der Revolutionär verstrickt war. Daher der hedonistische Zug des Subverseurs, sein Bekenntnis zur Lebensfreude, zur Liebe, selbst zur Droge. Der tierische Ernst des Revolutionärs wird als Pessimismus entlarvt und von fast motivlosen

Lachen des Subverseurs abgelöst. Er scheint immer guter Stimmung zu sein. Der typische Revolutionär ist asketisch, schon äußerlich an bleicher Gesichtsfarbe und eingefallenen Wangen erkenntlich, der typische Subverseur hingegen lustbetont und etwas koboldhaft. Er kann lachen und weinen, während der Revolutionär Grimassen schneidet und Rosenkränze von Klassikerzitaten betet. Für ihn stellt sich die Frage: welchen Sinn hat die Revolution, wenn sie nicht das Leben reicher macht und auch mein eigenes verschönert, wenn das Leben durch die Revolution womöglich noch düsterer und armseliger wird, als es ohnehin schon ist? Was spätere Generationen davon haben, steht heute nicht zur Debatte. Der Subverseur will auf nichts verzichten, was ihm das Dasein bieten kann. In gewisser Hinsicht gilt für ihn die Losung: "Wir wollen alles!". So kreuzen Spartanismus und Hedonismus die Klängen.

weigerung aus. Diese Verweigerung ist total und umfassend, der Subverseur ist ein Anarch, kein Anarchist.

Der Revolutionär bricht mit der bestehenden Gesellschaft meist nur theoretisch, da er sein eigenes Leben kaum verändert, vielmehr darauf wartet und hinarbeitet, an die Macht zu kommen. Dann soll alles besser werden. Stattdessen ist manches noch schlimmer geworden. Aber der Revolutionär huldigt nun einmal der Ansicht, es sei unmöglich, sozialistische oder andere Inseln im Kapitalismus zu bilden, und einer individuellen Veränderung komme keine ernsthafte Bedeutung zu, da das Triebrad der Geschichte in den Händen politischer Kollektive und der Massen liege.

Anders der Subverseur. Er bleibt nicht bei theoretischen Erwägungen stehen, sondern wird praktisch, indem er

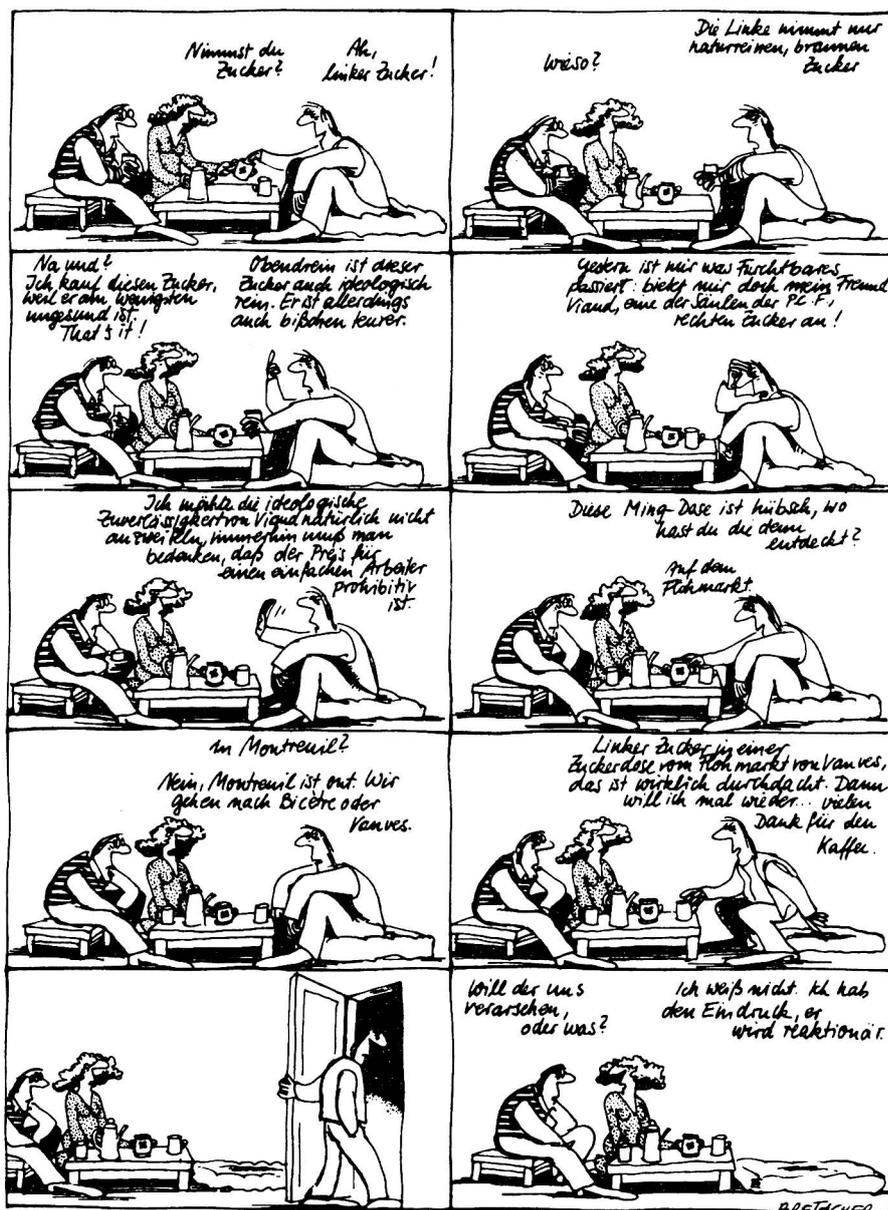
mit seiner Selbstveränderung beginnt, etwa in einer Selbsterfahrungsgruppe. Während Wort und Tat beim Revolutionär meist gespalten sind, versucht er, sie in einer neuen Lebensweise zu koppeln. Er springt aus der Gesellschaft einfach heraus, ohne vorher danach zu fragen, ob das utopisch sei.

Für den Revolutionär existiert der Mensch nur als Sozialwesen, und so gesehen kann er außerhalb der Gesellschaft – ihres jeweiligen Ordnungsgefüges – nicht leben. Der Subverseur bestätigt sich als Individualwesen und beweist, daß man die gesellschaftlichen Regeln brechen kann. In Gemeinschaft mit anderen hat er zahlreiche Inseln gebildet. Ich erwähne hier nur die französische Arche und die schottische Findhorngemeinschaft. In weiterem Sinne ist jede Wohngemeinschaft oder Landkommune, jeder biologische Hof und jedes selbstverwaltetes Jugendzentrum eine solche Insel. Überall auf der

Zugleich wird das ökonomische durch das ökologische Primat abgelöst. Bis in die Mitte der 60er Jahre wurde der Hebel gesellschaftlicher Veränderungen in einer neuen Produktionsweise gesehen und deren Notwendigkeit mit der "Fesselung" von Produktionskräften durch die alte begründet. In Wirklichkeit, wenigstens in der westlichen Industriezone, waren die Produktivkräfte so entfesselt, daß sie die "Wegwerfgesellschaft" schufen und gleichzeitig die Existenzgrundlagen der Menschheit (Luft, Wasser, Nahrung, Boden) vergifteten. Der Revolutionär hält ungeprüft daran fest, dem Fortschritt aus weiterem ökonomischen Wachstum abzuleiten, während der Subverseur dieses Wachstum stoppen will und seine Radikalkritik der Konsumgesellschaft mit einem neuen Ideal des einfachen Lebens verknüpft. Das ökonomische Bewußtsein des Revolutionärs stößt mit dem ökologischen des Subverseurs zusammen, wie zwei Zeitalter aufeinanderprallen: ein untergehendes und ein aufgehendes. Aus dieser feindlichen Berührung wird irrtümlich auf Identität geschlossen, weil sie lediglich als Schattenriß sichtbar ist.

Alle Revolutionen gründen sich auf Forderungen, alle Subversionen auf Verweigerungen. Selbst viele Anarchisten stellten Forderungen an den Staat, ohne zu merken, daß er dadurch auch von ihrer Seite legitimiert wurde, obwohl sie ihn abschaffen wollten. Er lebt von den Ansprüchen, die ihm gestellt werden, und von den Steuern, die er erhebt, um sie zu befriedigen. Der Subverseur erhebt keine Ansprüche, er entzieht sich ihnen. Statt Forderungen zu stellen, ruft er die Große Ver-

Die Frustrierten: LINKER ZUCKER Von Claire Bretécher



Erde entstehen "Werkstätten der neuen Gesellschaft" (Robert Jungk), welche im Experiment vorausgelebt wird.

Der Revolutionär ist intellektuell, der Subverseur spirituell. Das intellektuelle Wesen des Revolutionärs ergibt sich aus seinem Materialismus und Ökonomismus, die ihn zur ausgleichenden Theorieüberbürdung verdammen. Da Spezialist für Umwälzungen, betrachtet er die Revolution als Berufsarbeit, für die er allein prädestiniert ist, woraus er im Falle des Erfolges auch sein Machtprivileg abzuleiten pflegt. Die Revolution erscheint als Frage der richtigen Strategie und Taktik, folglich der politischen Technik und einer geschickten Massenpsychologie. Sie wird daher zum Reservat des Berufsrevolutionärs, der sich selbst – wie durch Che Guevara geschehen – zum höchsten Typus des Menschen verklärt. All dies ist intellektuell und theorieüberlastet, eine Übertragung des wirtschaftlichen Spezialistentums und seiner Einseitigkeiten auf die Politik, welche endgültig einer elitären "Avantgarde" ausgeliefert wird.

Demgegenüber bemüht sich der Subverseur um ein ganzheitliches Denken und Handeln, um die Zusammenfügung von Körper, Geist und Seele. Seine Feindschaft gegen das wirtschaftliche und politische Spezialistentum geht bis zum wütenden Ressentiment. Spiritualität umfaßt jedoch auch religiöse und metaphysische Aspekte, Meditation und Sensibilisierung in Gemeinschaft oder mit einem Partner. Der Subverseur hat den schwankenden Boden des philosophischen Materialismus ebenso wie die Ebenen des Ökonomismus verlassen. Er wehrt sich gegen jede Einseitigkeit.

Für den Revolutionär ist auch kennzeichnend, daß er stets zwischen 'objektiv' und 'subjektiv' unterscheidet. Es beleuchtet seine eigene Schizophrenie. Subjektiv kann man Revolutionär, objektiv zugleich ein Konterrevolutionär sein? Diese dialektische, den Menschen in Gegensätze spaltende Konstruktion ist dem Subverseur fremd und unheimlich. Er kann keine andere Quelle der Empörung als die persönliche sehen. Rebelliert etwa eine Maschine? Sein Radikalismus hebt die Subjekt-Objekt-Spaltung auf. Dem Subverseur ist anstelle der dialektischen eher eine gestaltwahrnehmende Denkweise eigen. Wenn sich der Revolutionär als Mundstück stummer Objekte betrachtet, so er als Dolmetsch neuer menschlicher Bedürfnisse.

Aus: Studien von Zeitfragen Links, Juni 1979, Frankfurt/Main.

Alternative: Selbstorganisation

Eigene Feuerwehr statt Bürokratie

Von Herwig Schmidl

In jedem österreichischen Dorf und in jeder Kleinstadt gibt es eine Freiwillige Feuerwehr. Gäbe es sie nicht, müßte die öffentliche Hand Berufsf Feuerwehren einrichten. Da diese aber unterbeschäftigt wären, kämen sie den Steuerzahler sehr teuer.

An diesem Beispiel ist schon aufgezeigt, wo der enorme Vorteil von Selbstorganisationen liegt: Sie arbeiten wesentlich billiger als bürokratische Einrichtungen.

Heute, wo allmählich die Grenzen der Finanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates sichtbar werden, besinnt man sich wieder dieser Selbstorganisation. Und zwar auf der rechten und linken Seite unserer Gesellschaft:

● Der Wirtschaftsbund finanzierte eine Broschüre, die von Christoph Badelt (Institut für Sozialökonomie der Wirtschaftsuniversität) ausgearbeitet wurde. Titel: „Selbstorganisation – Alternative zur Bürokratie“.

● Zeitgleich erschien ein Buch des linkssozialistischen deutschen Theoretikers Johann Strasser: „Grenzen des Sozialstaates“. Beide Autoren kommen zu fast deckungsgleichen Schlüssen.

Was nicht überraschend ist: Denn mit Selbstorganisationen kann der eherne Zugriff der Bürokratie gelindert werden,

Aber auch Unzulänglichkeiten in ihrer nächsten Umgebung veranlaßten Bürger zum Selbsthilfeszusammenschluß: So säuberten 250 New Yorker ihre Straßen selbst, Arbeitslose schlossen sich durch Gründung von Produktionsbetrieben zusammen.

Finanziert werden diese Selbstorganisationen in den USA zumeist durch Subventionen, aber es existieren auch genügend Kreditgenossenschaften auf ganz lokaler Ebene.

Auch die zusammenbrechende Nahversorgung in Dörfern und an Stadträndern wird in den USA von Selbsthilfeorganisationen aufgefangen: Wo in zumutbarer Entfernung kein Geschäft ist, schließen sich Bewohner zu Basisgenossenschaften zusammen, die Ein- und Verkauf von Waren organisieren.

Dort wo der Mangel an öffentlichen Verkehrsmitteln besonders gravierend ist, haben Mitglieder einer Selbstorganisa-

tion sogar Busse gekauft und betreiben in Eigenregie ein Busunternehmen mit fixen Fahrplänen und kostendeckenden Tarifen.

Selbstorganisationen arbeiten zumeist als Vereine, Genossenschaften oder Gesellschaften bürgerlichen Rechts. Oft aber bezeichnen sich auch „Gruppen, die durch neuartige Lebensformen eine Revolution der Gesellschaft und ihrer tradierten Werte einleiten wollen (Kommunen)“ als Selbstorganisationen, wie Badelt in seiner Broschüre, die demnächst in erweiterter Form auf den Buchmarkt kommen soll, berichtet.

Auch in Österreich sind schon erste Spuren dieser Form von alternativen Lebensformen sichtbar.

Vereine zur Heilbehandlung gibt es ja schon längere Zeit, und sie alle funktionieren recht gut: die Multiple-Sklerose-Gesellschaft, Anonyme Alkoholiker, Gesellschaft Nierentransplantierte oder der Verein für Lebenshilfe. In St. Pölten, Klagenfurt und Salzburg arbeiten schon seit längerem Vereine für Hauskrankenhilfe.

Berufstätige Mütter behelfen sich zum Teil schon mit Tagesmütter-Vereinen selbst. Die Aktion „Planquadrat“ gestaltete sich in einem Wohnblock in Wien ihren Innenhof selbst (allerdings unter dem gestrengen Auge des Magistrats). In den steirischen Gemeinden Mitterndorf und Scheifling erarbeitete die „Aktion Ortsidee“ Konzepte für die regionale Entwicklung, in Deutschlandsberg (Steyermark) und Graz-Raaba bestimmten die Bewohner schon vor Baubeginn, wie ihre Siedlung ausschauen sollte, in „Les Paletuviers“ in Leonding (Oberösterreich) taten sich „Häusbauer“ zusammen, bauten sich ihre Häuser rund um einen gedeckten Innenhof, in dem Gemeinschaftseinrichtungen stehen und gemeinsam benutzt und verwaltet werden.

All diese Organisationen entlasten das Sozialbudget des Landes. Und das scheint dringend notwendig: Fallen doch schon so viele Menschen in das dichtgeknüpfte Sozialnetz, daß es zu reißen droht. Und trotzdem werden immer mehr Menschen durch dieses Netz gesiebt und fallen schutzlos auf den harten Boden der Industriegesellschaft. Dort, wo die Bürokratie schon auf sie wartet, während sie Hilfe bräuchten – warum also nicht Selbsthilfe?

aus: "Kurier" vom 27. Juli 1979.



aus: focus, Nr. 110

Ein selbstverwalteter Betrieb
schreibt über sich selbst

Die Arbeiterselbsthilfe in Frankfurt

Vor zwei oder drei Jahren, in den Anfangszeiten der Arbeiterselbsthilfe, hätte man uns noch relativ bedenkenlos einreihen können in das Sammelsurium der "alternativen Projekte", d.h. derjenigen Gruppen und Initiativen, die aus dem gesellschaftlichen Alltag ausgestiegen sind, weil sie's darin nicht mehr ausgehalten haben.

Das Schlimme an dieser Gesellschaft war für uns damals nicht das Problem der materiellen Existenzsicherung, also einen Job zu finden, eine Wohnung, die Familie ernähren zu können usw. Obwohl das auch nicht mehr so locker zu regeln geht, wie zu Wirtschafts" wunder"-Zeiten. Obwohl selbst da Rationalisierungen, Betriebs-schließungen, Massenentlassungen und hohe Arbeitslosenquote das Gefühl der Bedrohung, der Unsicherheit für die eigene Zukunft massiv haben wachsen lassen.

Das wirklich Schlimme war für uns das Gefühl der permanenten Entmündigung, des Fremdbestimmtheits. Nicht wir entscheiden, was wir arbeiten und wieviel. Nicht wir entscheiden, mit wem zusammen und wie wir arbeiten. Wir haben kaum Einfluß auf die Entlohnung, auf's Arbeitsklima, auf betriebliche Entscheidungen. Alles wird vorgegeben: wir haben zu funktionieren. Genau das ist es, worauf's ankommt: daß wir funktionieren. Das wird kontrolliert mit Stechuhren, Vorarbeitern, Meistern, zu Spitzeln gemachten Kollegen. Und wenn wir mal nicht oder nicht mehr funktionieren wie vorgesehen, fliegen wir raus. Wir haben die "freie Entscheidung", den Betrieb zu wechseln, aber da es im nächsten Betrieb genauso abläuft, ist das in Wirklichkeit eine Farce. Wir haben keine Wahl. Die Regeln des üblen Spiels sind festgelegt, wir sind dazu nicht gefragt worden, und wir haben kaum wirkliche Möglichkeiten, an diesen Regeln noch was zu verändern.

Das gilt für den Betrieb, und das gilt für den Privatbereich. Der Bereich der "unbegrenzten Möglichkeiten": wir können uns für eine Zwei-, Drei- oder Vier-Zimmer-Wohnung entscheiden, für eine, die 50 Mark billiger ist oder eine, die Teppichboden und zusätzliche Dusche hat. Wir haben die Wahl zwischen Farbe und Schwarzweiß beim Fernseher. Wir kön-

nen uns aussuchen, ob wir den Urlaub in Teneriffa verbringen oder im Schwarzwald oder ob wir durchmalochen und ein neues Auto kaufen. In die Wahl unserer Stammkneipe redet uns niemand drein und es ist einzig und allein unsere Entscheidung, ob wir abends den "Weißen Hai" oder das "Erdbeben am Rio Grande" sehen wollen. Im wesentlichen sind wir schon drauf getrimmt: den Tag über wird malocht, die 9 Stunden irgendwie über die Bühne gebracht, und abends dann in die Disco: ausfliegen, alles vergessen, das Leben ist kurz,

man muß es "genießen". Nur das fade Gefühl, das manchmal hängenbleibt, dieses Unwohlsein, das man sich nicht erklären kann und das erst abends, in Kneipen und Discos, unter Alkohol und anderen Drogen wieder verschwindet, könnte dran erinnern, daß dieses "Leben" mit den eigenen Bedürfnissen eigentlich nichts mehr zu tun hat.

"Eigentlich" – aber das darf man sich nicht eingestehen. Denn Möglichkeiten, aus dem Teufelskreis auszubrechen, gibt es kaum. Für die Jungen, die Ungebundenen, okay – da ist das noch drin, die können mal für ein paar Jahre rumflippen, grade so viel arbeiten als nötig ist und ansonsten das Leben genießen, aber auch die werden dann vernünftig, fangen an, an die Rente zu denken, gründen Familien, müssen Mieten zahlen und Kinder ernähren. Das wird die Zeit sein des Sterbens der "alternativen" Projekte.



... was jeder wissen sollte!

Das Ausbrechen aus der Alltagsgesellschaft führt bei den meisten "alternativen Projekten" zur Umkehrung aller Werte. Wo vorher die absolute Unfreiheit war, wo jeder Tag bis in die Einzelheiten vorprogrammiert war, wird jetzt die absolute persönliche Freiheit gefordert. Gearbeitet wird nur noch, wenn man "Lust" dazu hat bzw. wenn die Finanzen der Gruppe einfach dazu zwingen. Bindungen und Verbindlichkeiten – gleich welcher Art – werden zu nächst mal abgelehnt, als Zwang empfunden. Die persönliche Freiheit ("Ich hab aber keinen Bock dazu...") ist der höchste aller Werte und legitimes Mittel, angetragene Forderungen, etwa nach Aufrechterhaltung eines bestimmten Grades an Sauberkeit oder nach Einhaltung von Absprachen ganz einfach abzuschmettern.

Wir haben zu funktionieren – im Reich der unbegrenzten Möglichkeiten

Eine Gesellschaft, so klein auch immer, kommt aber ohne Regeln nicht aus. Binnen relativ kurzer Zeit wird die Frage nach solchen Regeln zur Frage der Existenz einer solchen Gruppe. Gruppen, die es nicht schaffen, sich solche Regeln zu geben bzw. die Einhaltung dieser Regeln zu garantieren, verschwinden sang- und klanglos von der Bildfläche, lösen sich auf.

Dabei ist die entscheidende Frage eigentlich die, wie solche Regeln oder Normen des Zusammenlebens und/oder Zusammenarbeitens zustandekommen. Also: kommen sie zustande als Diskussionsprozeß aller Betroffenen, als gemeinsame Einsicht in die Notwendigkeit, eine bestimmte Sache zu regeln, weil der unregelmäßige Zustand zu laufenden Störungen im Zusammenleben führt; oder kommen sie zustande aufgrund des Durchsetzungsvermögens von einer oder ganz wenigen Personen, die aufgrund bestimmter Eigenschaften (die körperlich Stärksten, die Redegewandtesten, die Beliebtesten) ganz einfach die Führung übernehmen und ihre Bedürfnisse als allgemeine vorgeben?

In diesem zweiten Fall entstehen die berühmten (bei uns berücksichtigten) "Guru-Gruppen", die – meist religiös motiviert – vor allem in Amerika starke Verbreitung

finden: der oder die "leader" der Gruppe bestimmen, wo's lang geht, die Herde der Mitglieder rennt hinterher. Man sollte meinen, daß so was absurd ist: aus den Zwängen der gegebenen Gesellschaft auszubrechen und sich sofort den Zwängen einer "neuen" Gesellschaft wieder zu unterwerfen. Der Grund dürfte in unserer eigenen Kaputttheit liegen: 20, 25, 30 oder mehr Jahre getrimmt auf Gehorsam, auf Wei-

sungen von oben, machen es verdammt hart, zumindest zu Anfang, produktive Phantasie rückzuentwickeln, selbstbewußt und selbstverantwortlich zu denken und zu handeln. Tatsache bleibt aber, daß sich über solche Gruppen an dem Dilemma unserer Gesellschaft, so wie wir es empfinden, an der durch sie laufend verursachten Entmündigung nichts ändern wird – im Gegenteil.

Contra Herrschaft

Unser Weg ist der andere. Und mit dem ersten Artikel wollten wir vor allem beschreiben, was wir nicht (zum Teil nicht mehr) wollen. Das Chaos, die "Flippigkeit", Unbeständigkeit, Unverbindlichkeit der Anfänge sind wir sehr schnell leid gewesen. Da funktioniert nichts: da werden Aufträge nicht termingemäß, nicht gründlich oder überhaupt nicht ausgeführt; da verschlundern LKWs und andere wichtige Produktionsmittel; da verdecken die Gemeinschaftsräume; da macht sich Unwohlsein breit und schlägt sich in gegenseitigen Aggressionen nieder; da geht alles den Bach runter: das ist keine Alternative zu der Welt, aus der man ausgebrochen ist.

Diskussionen haben stattgefunden: was wollen wir? Wir wollen uns unsere eigene Existenz aufbauen, nicht für die nächsten 8 oder 9 Monate, sondern auf Jahre hinaus, unbefristet, für immer. Dafür ist notwendig, daß wir auch nach Jahren noch Aufträge kriegen. Dafür ist notwendig, daß der Begriff "ASH" bei allen Leuten, für die wir arbeiten, positiv hängen bleibt: wir müssen termingerecht, billig, sauber arbeiten. Wenn uns das klar ist, dann gehts nicht an, morgens nicht aus dem Bett zu kommen: es geht nicht an, abgerissen, noch halb besoffen bei den Kunden zu erscheinen, usw. Regelungen müssen gefunden werden, daß alle angenommenen Aufträge auch tatsächlich ausgeführt werden: wo es keinen Boß gibt – und den soll es ja bei uns nicht geben –, der die Arbeit verteilt, müssen alle bei der Verteilung der Arbeit dabei sein. Es muß also eine tägliche Arbeitsbesprechung geben, an der teilzunehmen für jeden Pflicht ist. Wer arbeitet, kann tagsüber weder einkaufen noch kochen, hat aber Anspruch auf ein warmes Essen am Tag: es muß eine Regelung getroffen werden, daß jeden Abend für alle gekocht ist usw. Beispiele für Normen, für Regeln, die sich entwickeln aus den Notwendigkeiten des täglichen Ablaufs der Arbeit und des Lebens. Regeln, die deshalb niemand als aufgesetzt, als Zwang empfindet, weil er sie nicht so empfinden kann: schließlich hat er selbst an ihrer Erstellung mitgewirkt, war beteiligt an dem Diskussionsprozeß, in dem sich die Notwendigkeit dieser Regeln herausgestellt hat.

Und das entwickelt sich ständig weiter. Eine Gesellschaft von 5 Mitgliedern funktioniert (noch) nach anderen Regeln als eine von 20. Eine von 20, bei der alle Mitglieder sowohl zusammen arbeiten als auch zusammen leben, funktioniert wieder nach anderen Regeln als eine von 35, wo nicht mehr alle zusammen leben können und sich sogar bei der Arbeit ansatzweise Arbeitsteilung herstellt.

Dieser Prozeß der ständigen Veränderung unseres Betriebes (unserer Gruppe) findet abends statt, in den Diskussionen nach der Arbeit. Teilnahme ist – nach der eigentlichen Arbeitsbesprechung – nicht immer Pflicht, wer allerdings über längere Zeit bei diesen Diskussionen fehlt, trägt auch die Entscheidungen nicht mit, fällt damit ansatzweise aus der Gruppe raus, wird zum Anhängsel und spürt das sehr schnell selbst sehr stark, auch ohne daß die Gruppe irgendwelchen Druck ausübt.

"Was für'n Streß", wird jetzt mancher sagen, und wir finden das verständlich: aktiv zu sein, ist immer anstrengender als zu konsumieren, aber in dem Maß, wie man in den Prozeß der Veränderung der Gruppe aktiv mit einsteigt, wie man erkennt, daß die eigene Initiative sich unmittelbar als Veränderung der Gesamtgruppe bemerkbar macht, bleibt die Anstrengung zwar, aber nicht als Streß. Für jemand, der im Betrieb drinsteckt und von daher die Einteilung hier Arbeit – hier Freizeit (= Leben) gewohnt ist, wird es sicher schwerfallen, nachzuvollziehen, daß

sich unsere Bedürfnisse mittlerweile stark verändert haben, daß wir Arbeit und Freizeit einfach nicht als so entgegengesetzt empfinden. Die Art und Weise, wie wir arbeiten, hat sich verändert, und die Art und Weise, wie wir Freizeit machen, ebenfalls. Vielleicht kann man's am besten noch mit dem Hobby vergleichen, dem der Arbeiter X nachgeht: tagsüber schafft er seine Stunden runter am Band, abends stellt er sich in seine Hobbywerkstatt und pro-

duziert bis in die Puppen irgendwelche Bänke, Stühle oder sonstwas. ASH machen – richtig begriffen – heißt: der gemeinsame Betrieb, sein Aufbau, seine Führung, wird zum Hobby, an dem man täglich 8 Stunden und anschließend bis in die Puppen mit Diskussionen arbeitet.

Was dabei rauskommen kann (nicht muß), können wir vielleicht am besten zeigen, wenn wir den gegenwärtigen Stand unseres Betriebs beschreiben. Wir müssen dabei

die gesamte Geschichte aussparen, weil wir sonst mit dem zur Verfügung stehenden Platz nie hinkommen würden. Vor dreieinhalb Jahren waren wir 5 Hanseln (genauer: 4 Hanseln und eine Gretel), zum Teil arbeitslos, zum Teil befaßt, ansonsten mit keinem Pfennig Geld in der Tasche. Heute hat unser Betrieb 32 Mitglieder plus 5 Kinder. Täglich zu erwirtschaftende Kosten des Gesamtbetriebs sind rund 3.000,- DM.

Struktur des Betriebs

Wir machen **Entrümpelungen**, Umzüge, Haushaltsauflösungen mit 2 LKWs und versorgen darüber ein **Gebrauchtmöbel-lager** von 2.000 qm Fläche. Daneben fahren wir mit einem dritten LKW als Subunternehmer im **Güternahverkehr**. Dann unterhalten wir einen **Antiquitätenladen** mit 1.500 qm Fläche. Dort verkaufen wir z.T. Möbel und Kunstgewerbe auf Kommission, zum größeren Teil stehen dort in unserer eigenen **Holzwerkstatt** selbst restaurierte Möbel. Die Holzwerkstatt hat sich in letzter Zeit um eine komplette **Schreinerei** erweitert. Für die Wiederherstellung verrosteter, angelaufener und überhaupt vergammelter Metallgegenstände haben wir eine eigene **Metallveredelungs-werkstatt**, der jetzt eine **Schlosserei** angeschlossen wird. Außerdem gibts noch eine **Druckerei**, ein **Cafe**, die **Küche**, das **Büro** und ein Ausbauteam, das das Gelände (vor allem die darauf stehenden Gebäude) in Schuß bringt.

Bei einer solchen Vielzahl verschiedener Arbeitsbereiche (und auch bei der Menge der Mitglieder) mußten wir vor etwa einem halben Jahr die abendliche gemeinsame Arbeitsbesprechung der Gesamtgruppe aufgeben und ebenso die bis dahin praktizierte tägliche Rotation der einzelnen Mitglieder durch sämtliche Arbeitsbereiche. Seither ist der Betrieb aufgeteilt in 4 Einzelbetriebe:

1. LKW-Bereich + Gebrauchtmöbelverkauf (z.Zt. 11 Mitglieder)
2. Antiquitätenverkauf + Cafe (z. Zt. 4 Mitglieder)
3. Möbel + Metallrestauration + Produktion (z.Zt. 9 Mitglieder)
4. Druckerei (z.Zt. 4 Mitglieder)

Küche und Ausbau werden von Mitgliedern der einzelnen Betriebe im Wechsel betrieben.

Die einzelnen Gruppen, die in den verschiedenen Einzelbetrieben arbeiten, verstehen sich als Einheiten, d.h. eine Rotation zwischen den verschiedenen Arbeiten innerhalb eines Betriebes findet nach wie

vor täglich statt, ein Wechsel der Mitglieder zwischen den einzelnen Betrieben allerdings nur beschränkt.

Autonomie der Betriebe – Verantwortung von unten

Jeder Betrieb hat seine eigene Ökonomie und wirtschaftet weitgehend autonom. Die Autonomie geht teilweise bis zur Aufnahme neuer Mitglieder. Von evtl. erwirtschafteten Gewinnen (Gewinn = Einnahmen - Kosten) gehen 20% in die gemeinsame Investitionskasse des Gesamtbetriebs, von der umgekehrt Gelder für größere Investitionen gefordert werden können, sofern vorhanden und in Absprache mit allen anderen Betrieben und deren Investitionserfordernissen. Der Rest des Gewinns geht in die Lohnkasse des Betriebs. So ist es möglich, ständig die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Betriebe zu überprüfen, nämlich genau an dem, was als "Lohn" am Schluß hängen bleibt.

Gleicher Lohn für alle!

Die Auszahlung des Lohns erfolgt allerdings nicht innerhalb des Einzelbetriebs, sondern innerhalb des Gesamtbetriebs: zum Abrechnungszeitpunkt werden die von allen Betrieben erwirtschafteten Lohn-gelder in eine gemeinsame Lohnkasse gegeben und nach den insgesamt gearbeiteten Tagen umverteilt. Also: jedes ASH-Mitglied, ganz gleich in welchem Betrieb es schafft, erhält am Ende den gleichen Stunden bzw. Tageslohn.

Zum Lohn muß noch was gesagt werden: bei uns gelten die Grundbedürfnisse (wie Essen, Trinken, Rauchen, Wohnungsmiete, Energieverbrauch, Versicherungen

usw.) als betriebliche Kosten, nicht als Problem des Einzelnen. D.h. diese Bedürfnisse sind schon vor Errechnung des Lohns abgedeckt, so daß das, was am Ende übrig bleibt, zwar relativ niedrig erscheint, aber tatsächlich reines Taschengeld ist. Wir haben festgelegt, daß dieser Taschengeldstundenlohn DM 5,- nicht überschreiten soll. Wenn's wirklich mal drüber rausgeht, kann dies als Rücklage für schlechte Zeiten dienen oder es wird zum Urlaubsgeld gemacht oder es schafft die Möglichkeit, schneller als sonst neue Arbeitsplätze für neue Mitglieder aufzubauen.

Organisation der Diskussion

In den einzelnen Arbeitsgruppen erfolgt abendlich nach dem gemeinsamen Abendessen die Arbeitsbesprechung für den nächsten Tag. Die wird mit Rücksicht auf die Bedürfnisse aller, die außerhalb unseres zentralen Projekts wohnen und dort ihre sozialen Bezüge haben, so kurz wie möglich gehalten; an zwei Tagen in der Woche findet dafür eine "lange Arbeitsbesprechung" statt, die sich bis gegen 11 Uhr hinzieht und bei der sämtliche aufgetretenen Probleme im Arbeitsbereich besprochen werden, auch die persönlichen einzelner Mitglieder.

Darüber hinaus gibt es jeden Dienstag eine Vollversammlung der Wohngemeinschaften (jede für sich) und am dritten Montag im Monat die Betriebsversammlung. An diesem Tag ruht die Arbeit. Ab morgens nach dem gemeinsamen Frühstück bis abends werden die Probleme des Gesamtbetriebs besprochen.

Wir haben seit Bestehen der ASH noch niemals abgestimmt und werden das – wenn irgendwie möglich – auch in Zukunft so halten. D.h., wenn wirklich jemand massive Schwierigkeiten mit einer Regelung hat, so muß im Prinzip solange

an dem Punkt diskutiert werden, bis die Meinungsverschiedenheiten ausgeräumt sind. Daß Ansichten extrem auseinandergehen, kommt allerdings auch recht selten vor. In solchen Fällen werden Entscheidungen meistens vertagt, die Diskussion spielt sich zwischen den Hauptkontrahenten während der nächsten Tage in kleinerem Kreis ab und kann bei der nächsten

Gesamtgruppensitzung dann ganz anders besprochen werden.

Eigentum am Betrieb?

Prinzipiell ist jeder am Betriebsvermögen gleichmäßig beteiligt. Dabei heißt gleichmäßig: nach Zugehörigkeit. Eigentum am Betriebsvermögen bedeutet, daß er/sie bei

Ausscheiden aus dem Betrieb Anspruch auf die errechnete Summe, nicht etwa auf Teile der Produktionsmittel hat. Berechnungsgrundlage ist die letzte Inventur, bei den vorhandenen Werten die vorhandenen Belastungen des Betriebs gegenübergestellt werden, woraus sich der Wert des Ganzen logisch ergibt. Als Mindestzeit der Mitgliedschaft haben wir ein Jahr festgelegt.

Bedürfnisveränderung

Daß sich unsere Einstellung zur "Freizeit" verlagert hat, daß für uns Arbeit nicht empfunden wird, wie sie halt "normalerweise" empfunden werden muß und wir also nicht gezwungen sind, den Frust des Arbeitstages in der "Freizeit" in Alkohol und überhaupt im Konsumrausch zu ertränken, davon haben wir schon gesprochen.

Was sich daraus ableitet, ist eine echte Veränderung im Verhältnis zum "Maß aller Dinge", zum Geld. Gemeint ist damit nicht das Geld, das wir täglich einnehmen und einnehmen müssen, wenn wir unsere eigene Existenz nicht infrage stellen wollen. Da verhalten wir uns notwendigerweise wie Kaufleute bzw. alle Anbieter ihrer Arbeiterkraft: es fällt uns erstmal weder ein, unsere Möbel etc. zu verschenken noch umsonst zu drucken oder Transporte zu fahren. Bei dem Geld, was wir in der Tasche haben "müssen", um uns als Menschen vorzukommen, verhält sich das anders; seit Bestehen der ASH hat die Wohngemeinschaft eine gemeinsame Kasse, was für den Einzelnen bedeutet: niemand hat privates Geld. Aus der gemeinsamen Kasse kann sich unkontrolliert jeder nehmen, was er zur Befriedigung seiner individuellen Bedürfnisse braucht, sofern und solange vorhanden. Wir sind einfach davon ausgegangen, daß es bei gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Leben an diesem Punkt nicht zu Schwierigkeiten kommen werde, und das hat sich voll bewahrheitet: seit Bestehen der ASH hat es über die Frage der Verwendung des privat vorhandenen Geldes keine Konflikte gegeben, und das nicht, weil etwa die Kasse ständig voll wäre (sie ist chronisch und über weite Strecken, in der Aufbauphase z.B., ständig leer). Damit wollen wir nicht erklären, was für duftende Leute wir sind; das hat sich einfach so ergeben: an die Stelle der Konsumbedürfnisse ist das Bedürfnis getreten, mit den

Anderen zu reden und gemeinsam Projekte anzudiskutieren und auch praktisch durchzuführen. Unsere eigene Zeitung ist auf diese Art entstanden, die "Wir Wollen's Anders", die zwar unregelmäßig, aber immerhin schon in 6 Nummern erschienen ist, ebenso unsere neue Broschüre "... und es funktioniert doch", in der wir unseren Betrieb und den der Schäfereigenossenschaft Finkhof im Allgäu dargestellt haben; einen Kongreß haben wir auf diese Weise durchgeführt und planen den nächsten; die Fahrt zu Veranstaltungen wird hier organisiert und geplant und letztendlich ist auch die Zusammenarbeit mit

Das Verhältnis zum 'Maß aller Dinge' – zum Geld – hat sich verändert

dem Sozialistischen Büro und mithin dieser Artikel in einer Tageszeitung entstanden, in der wir unter anderen Umständen vielleicht im Kino gesessen hätten oder im Fußballstadion. Was sich hier zeigt, ist, daß Geld tendenziell überflüssig wird, nicht nur in einer Gesellschaft, die den absoluten Überfluß an Waren und Diensten hat und also alles frei verteilen kann, sondern schon viel früher bzw. auf einer ganz anderen Ebene, nämlich in einer Gesellschaft, in der den wirklichen Bedürfnissen Raum gegeben wird, in der sie befriedigt werden können.

Was uns, was dieser ganzen Gesellschaft not tut, ist nicht ein Höchstmaß an HiFi-Türmen, Farbfernsehern und Luxuskarossen, sondern ein Höchstmaß an Kollektivität und Kommunikation. Und die braucht man nicht zu kaufen (was u.a. erklärt, warum diese Gesellschaft kein Interesse daran

Abbau von Herrschaftsstrukturen

Das hohe Maß an Kommunikation erklärt auch, wieso sich bei uns hierarchische Strukturen abbauen, statt sich zu verfestigen. Selbstverständlich ist die Gruppe oder der Betrieb nicht frei von Rangordnungen: es gibt Einige, denen es leichter fällt sich einzubringen, die Diskussion zu bestimmen, als anderen. Es gibt Unterschiede in der Dauer der Zugehörigkeit zum Betrieb, es gibt starke Unterschiede im Alter und den gemachten Erfahrungen in der "freien Wirtschaft", es gibt unterschiedliche Sensibilität für die jeweilige "Gemütslage" der Gruppe usw. Solange es diese Unterschiede gibt – und da sich der Betrieb laufend vergrößert, also ständig "Neue" dazukommen, wird es die immer geben – wird es auch Hierarchie geben. Aber der gesamte Prozeß entwickelt sich in positiver Richtung: immer mehr Gruppenmitglieder übernehmen von sich aus Verantwortung, immer mehr lernen, Diskussionen zu strukturieren, die "Gruppe zu führen". Abschaffung von Chefs, unser vermutlich wichtigstes Anliegen, funktioniert nicht in der Weise, daß potentielle Chefs oder Führer oder Leiter oder wie auch immer man die Funktion umschreibt, die damit teilweise auch gemeint ist, von sich aus auf die Ausübung dieser Funktion verzichten, d.h. im Endeffekt keiner mehr Verantwortung übernimmt, sondern umgekehrt, indem möglichst schnell möglichst viele in die Lage versetzt werden, genau die gleiche Funktion zu übernehmen. Der Chef wird in dem Moment überflüssig, wo jeder Beliebige der Chef ist, weil jeder Beliebige es sein kann.

Da Entscheidungskompetenz oder auch nur -mut, aber in jedem Fall mit dem Maß an vorhandenem Sach- und Fachwissen zusammenhängt und dies sich über die täglich laufende Diskussion vermittelt, ergibt sich logisch der Zusammenhang, den wir oben benannt haben.

(Aus: "express" Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, Mai 1979)

**Nicht ein Höchstmaß an
HiFi-Türmen, sondern
an Kollektivität und
Kommunikation**

Eine junge deutsche Lehrerin bewirbt sich um ihre erste Anstellung an einer Schule. Der Schulhalter ist übervorsichtig, vielleicht hat die Frau auch einen subversiven Blick oder einen ebensolchen Gang – wer weiß es? Jedenfalls schickt der Schuldirektor die Daten und den Lebenslauf der Lehrerin an den Bundesverfassungsschutz. Er will nur wissen, ob gegen die Frau was vorliegt. Die Antwort ist negativ, über die Lehrerin war bisher nichts bekannt, sie bekommt den Posten. So weit so gut – sollte man meinen. Die Sache hat nur einen Haken: Jetzt hat die Frau bereits ihren Akt beim Verfassungsschutz. Zugegeben er ist vorläufig sehr kurz. Die Daten, der Lebenslauf und ein Vermerk, daß der Schuldirektor Sowieso einen Verdacht hatte und nachfragte. Grund genug, daß sich die Schulbehörde etwas näher mit der Frau beschäftigt – Akte sind ja da, um zu wachsen.

Na ja, das ist eben die BRD, aber bei uns ist es Gott oder Kreisky sei Dank, noch nicht so weit. Wirklich nicht?

Wien – Ringnähe – Ende August – werktags 19 Uhr: ein Mann, etwa 22 Jahre – langes Haar – ausgewaschene Jeans – indisches Hemd – Sandalen – Umhängetasche – wird von einer Funkstreifenbesatzung angehalten und aufgefordert, den Inhalt seiner Tasche sowie seiner Hosensäcke herzuzeigen. Warum? Die Beamten sind "freundlich" und sagen es: "Wolln ma amol schau ob ma net a bisserl a Rauschgift mit dabei hom". Der junge Mann hat nicht – weil er eben zu der recht großen Mehrheit gehört, die das Zeug nicht braucht, und darüber hinaus zu der Minderheit, die begriffen hat, daß man diese Gesellschaft – die unter anderem, die Leute auch mit Rauschgift kaputt macht – ändern muß.

Nachdem die Polizisten nichts gefunden haben, wollen sie die Personalien. Wa-

rum? "Na wir miaßen doch an Bericht schreiben wo drin steht, daß ma bei ihna kan Stoff gfunden ham." Was soll das heißen? "Na des soll haßen daß vorläufig gegen ihne nix unternommen wird – sans do froh, daß a Glück ghabt hom."

Beide Personen – der junge Mann hat's mir erzählt, bei der jungen Frau vermute ich es sehr stark – sind sich ihrer Hilfslosigkeit, ihrem Ausgeliefertsein an eine

seinem "Prozeß" ebenso gut den Rechtszustand in der Sowjetunion oder der CSSR vorweggenommen hat.

Nun stieß ich aber auf ein Buch, das mich eines Besseren lehrte. "Romanführer A-Z, Band III, Der österreichische und schweizerische Roman", Volk und Wissen, Volkseigener Verlag – DDR 1978. Dort steht unter Kafka "Der Prozeß":

alltägliche geschichten

anonyme Macht bewußt; beide sind verwirrt, haben Angst.

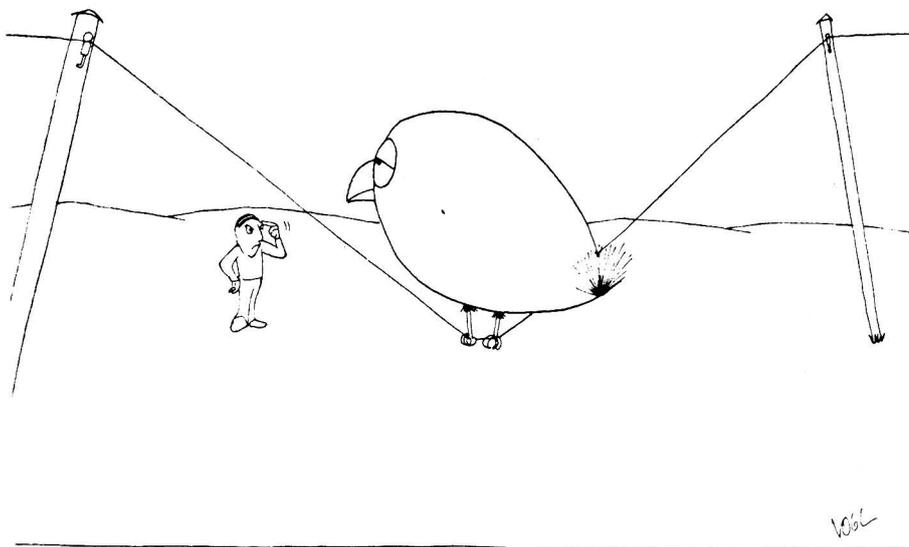
Mich erinnert's an Kafka. Vor allem im Romanfragment „Der Prozeß“ (1925) schildert er die, bei ihm tödlichen, Verstrickung eines sich keiner Schuld bewußten durchschnittlichen Staatsbürgers in den Netzen einer geheimen, anonymen Gewalt. Diese Gewalt war für mich immer der Staatsapparat, der teils im Dienste einer Handvoll Mächtiger agiert und sich teils verselbständigt. Anfangs, solange ich noch treugläubiger Angehöriger der Moskauer Kirche war, war dieser Staatsapparat in meinem Verständnis stets ein faschistischer oder zumindest ein reaktionärer bürgerlicher. Später dachte ich mir manchmal, daß Kafka mit

„Die Absicht des Autors war es, eine von allen normalen Gerichten tolerierte Lebensweise, wie sie der ganz durchschnittliche Bürger Josef K. führt, als Verbrechen zu verurteilen.“

Die Problematik des Werkes von Kafka ist laut dem DDR-Autorenkollektiv: "Wenn das Gesetz dem Leben so fremd ist, daß nicht einmal seine Diener es erfahren können, so ist ein Prozeß, der wegen seiner Übertretung angestrengt wird, widersinnig. Andererseits ist das Schuldgefühl des Helden ein Zeichen dafür, daß dieses Gesetz doch nicht so unbekannt sein kann, wie es Kafkas Gerichtskonstruktion darstellen möchte."

Wenn es nach der offiziellen DDR-Meinung geht (in der DDR ist ja jede gedruckte Meinung eine offizielle) so kritisiert Kafka in seinen Schriften nicht Staat, Gesetz, Justiz und Polizei, sondern den dummen schlechten Bürger, der mit all diesen Mächten nicht zurechtkommt.

Damit's aber der DDR-Bürger leichter hat, wurde jetzt von der dortigen Volkammer das dritte Strafrechtsänderungsgesetz beschlossen. Damit herrscht im besseren Teil Deutschlands endlich Klarheit: grundsätzlich ist alles verboten, oder fast alles. Damit bleiben einem etwaigen Angeklagten alle Zweifel erspart – er ist auf jeden Fall schuldig. Zum Beispiel wenn er Witze erzählt, § 220 "Öffentliche Herabwürdigung", Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahre (schade, daß es diesen Paragraphen bei uns nicht gibt, man könnte dann Qualtinger, Heller, Turrini, Kraus – Entschuldigung, der ist ja schon tot – und viele andere endlich einsperren) oder wenn er "arbeitsscheu", "Prostituierte" ist oder "in sonstiger Weise die öffentliche Ord-



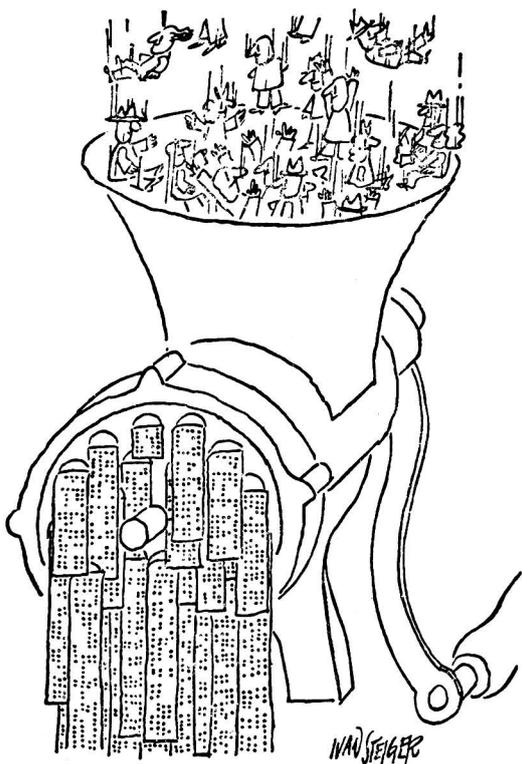
nung durch eine asoziale Lebensweise beeinträchtigt" (§ 249, Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahre).

Teurer wird's wenn er sich mit anderen Personen zusammenrottet – da gibt's für Rädelsführer bis zu 8 Jahre (§ 217).

Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen – so kann man für den Versuch, (oder der Vorbereitung des Versuchs) nicht geheime Nachrichten zu sammeln ins Gefängnis gehen – ich brech sie aber ab, da die Absicht ohnehin klar ist: Angst und Unsicherheit zu verbreiten. Denn die DDR hat natürlich nicht die Absicht, alle Schimpfer, Raunzer, Witzeerzähler und Zeitungssammler einzusperren. Genauso wenig wie Österreich oder die BRD die Absicht hat, alle Langhaarige, Kritischen, Demonstranten, Mitarbeiter von Bürgerinitiativen usw. hinter Schloß und Riegel zu bringen. Wäre auch gar nicht möglich. Aber möglich und auch geplant ist die Angst, die Einschüchterung.

Dagegen gibt's aber Mittel: Keine Angst haben, sich nicht einschüchtern lassen. Sollen sie doch, die Noch-Herren dieser Länder, ihre Computer mit allen Daten aller Menschen füttern – wenn's so weit ist, können sie sich Millionen Meter Lochstreifen auf den Arsch picken. Solln sie doch alles verbieten, sie führen doch damit nur ihr System und sich selbst ad absurdum. In Wirklichkeit sind sie es, die Angst haben, furchtbar große Angst. Wer das erkennt, hat selber gleich viele weniger Angst.

Herbert Brunner ■



Weit über 100 Fälle sind bis jetzt bekannt, in denen die Behörden der CSSR – Ermittlungsbehörde ebenso wie die Gerichte – die eigene Gesetzlichkeit verlassen haben. Amnesty International hat sie rapportiert – als erschütternde Dokumente dessen, was jene den "realen Sozialismus" nennen.

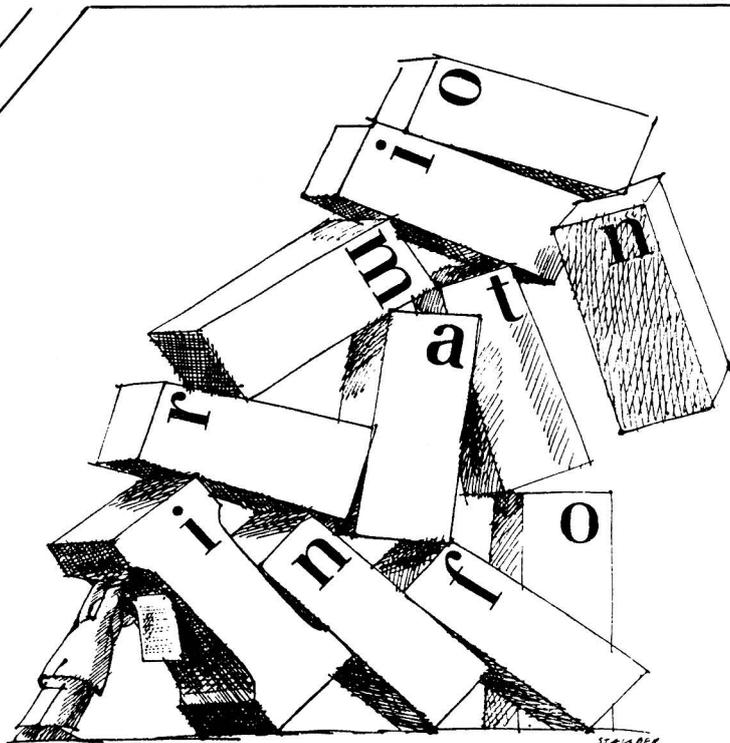
Die jetzt unmittelbar vor Beginn stehenden Prozesse gegen 10 Mitglieder der Charta '77, unter ihnen zwei der drei Sprecher der Charta, haben schon von vorneherein wieder den Charakter der Prozesse erkennen lassen: Es geht bei diesen Prozessen nicht einmal – verabscheuungswürdig genug – um die Abschreckung seitens der Machthaber gegenüber einer erstarkten Opposition. Im Gegenteil: Die CSSR-Behörden verzögern den Prozeßbeginn bewußt, um sich nicht wachsendem Druck auszusetzen. Es geht einfach um Rache.

Es sei daran erinnert, daß der demnächst beginnende Prozeß nicht nur im Widerspruch zu dezidierten Erklärungen der Regierung und des Staatspräsidenten Husak steht, keinerlei Repressionen gegen Vertreter der Bürgerrechtsbewegung zu setzen. Es sei daran erinnert, daß einer der hervorragendsten Strafverteidiger

der politisch Verfolgten, Dr. Josef Danisz, aus dem Verfahren ausgeschlossen wurde, in dem er aus der CSSR-Anwaltsvereinigung ausgeschlossen wurde. Ein probates Mittel, von der tschechoslowakischen Staatsbürokratie allerdings erstmals angewandt, offensichtlich aus der BRD gelernt. Es sei schließlich daran erinnert, daß Öffentlichkeit wie stets kaum gewährt werden wird. Es sei letztendlich daran erinnert, daß dieses monströse Verfahren wegen "Subversion" gegen eine rein defensive Opposition eingeleitet wurde, die sich in "Verteidigungskomitees der zu Unrecht Verfolgten" zusammengeschlossen haben.

Wie in den meisten Ländern Europas gibt es auch in Österreich Komitees von den verschiedensten linken Strömungen, die hier Solidaritätsarbeit leisten. Das "Sozialistische Osteuropakomitee", an dessen Gründung seinerzeit auch Franz Marek mitarbeitete, plant in diesem Zusammenhang die Veranstaltung diverser Aktivitäten, unter anderem auch eine Pressekonferenz mit Jiri Pelikan. Genauer war zu Redaktionsschluß noch nicht bekannt.

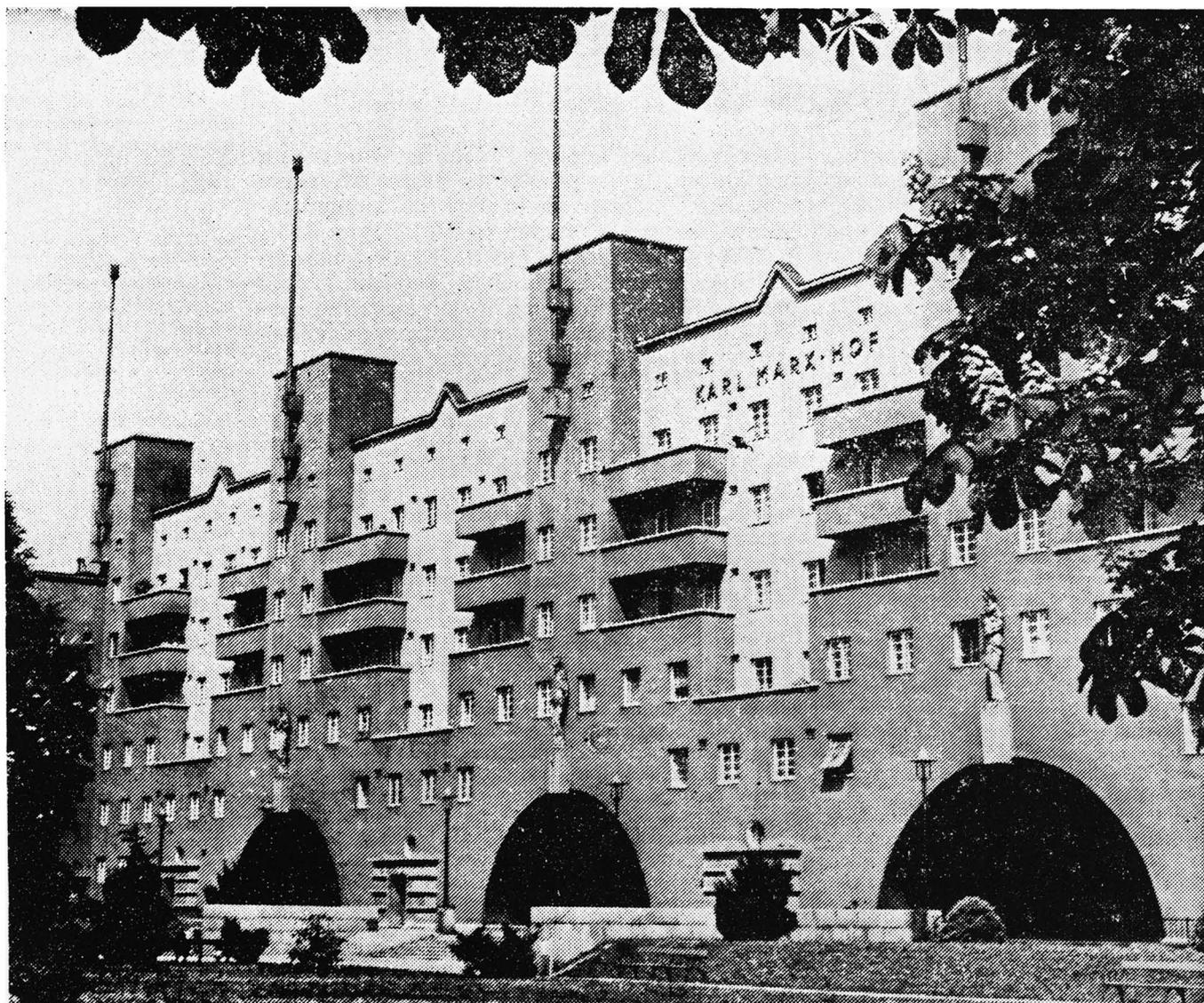
R. P. ■



Normalisierung und kein Ende

„Was wollen die Sozialisten?“

In diesen Tagen jährt sich der Ausbruch des II. Weltkrieges, der Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen, zum vierzigsten Mal. Für uns ist das allerdings ein Anlaß, den Blick auf die unmittelbare Nachkriegszeit in Österreich zu werfen und aus der damals parteioffiziellen Programmatik der SPÖ zu zitieren, die zur fast ebenso gut bewältigten – was im allgemeinen Sprachgebrauch noch allemal heißt: verdrängten – Vergangenheit gehört, wie der Faschismus. Julius Deutsch' Buch, „Was wollen die Sozialisten?“ erschien 1949 in Wien.



Vorwärts zum Sozialismus

Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg und Wohlstand Österreichs ist, daß alle Arbeitsmittel des Landes zur freien Verfügung des österreichischen Volkes sind und bleiben.

Die restlose Ausnützung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes kann nur gelingen, wenn sie im Interesse der Gesamtheit geplant und gesellschaftlich gelenkt wird.

Der verstaatlichte Teil der österreichischen Wirtschaft wird zusammengefaßt, rationalisiert und ausgebaut werden. Er soll durch Einführung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungsformen und voller Betriebsdemokratie zur Sozialisierung weiterentwickelt werden.

Der Wiederaufbau der österreichischen Volkswirtschaft kann nicht gelingen, wenn man versucht, in den alten, ausgefahrenen Geleisen des privatkapitalistischen Systems zu verharren. Die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufstieg ist vielmehr die Erkenntnis, daß an die Stelle des Geschäftsinteresses einzelner die Verfügungsgewalt des Volkes über die Arbeitsmittel treten muß. Solange das nicht geschieht, wird das Bestreben einer Handvoll Kapitalisten darauf gerichtet sein, sich auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern; damit wird das planmäßige Zusammenwirken der aufbaufähigen Kräfte gestört oder überhaupt unmöglich gemacht.

Erst die sozialistische Wirtschaft verleiht dem Gedanken „Gemeinwohl geht vor Eigennutz“ praktische Geltung. Das sittliche Postulat findet seine Erfüllung durch zweckbewusstes wirtschaftliches Handeln. Denn der Sozialismus geht nicht allein von ethischen Wünschen aus, sondern ist zugleich bestimmt durch das Wissen um die wirtschaftlichen Erfordernisse der Gesamtheit. Er erkennt die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und strebt danach, ihnen zu folgen, auf diese Weise kostspielige Um- und verzögernde Abwege vermeidend.

Das sozialistische Programm spricht in diesem Zusammenhange von dem „verstaatlichten Teil der österreichischen Wirtschaft“, mit diesen Worten zum Ausdruck bringend, daß nicht die ganze Wirtschaft, sondern eben nur ein Teil als reif für die Sozialisierung erachtet wird.

Die von der Privatwirtschaft losgelöste Sozialwirtschaft muß mit ganz besonderer Sorgfalt betreut werden. Ihre Zusammenfassung, einheitliche Lenkung und durchgehendste Rationalisierung soll ihre Leistungsfähigkeit erhöhen und ihren dauernden Bestand sichern. Es ist unerlässlich, daß bei der Sozialisierung eines Betriebes die größte Vorsicht waltet und daß er nach seiner Übernahme in den gesellschaftlichen Sektor der Wirtschaft mit der strengsten Sachlichkeit geleitet wird. Auch den sozialisierten Betrieben fallen die reifen Früchte nicht in den Schoß, sondern müssen zähe erarbeitet werden. Wenn aber dann die verstaatlichte Wirtschaft — wie zu erwarten ist — sich der privaten als überlegen erweist, wird nichts ihre weitere Entfaltung hemmen. Dann wird der Augenblick gekommen sein, gemeinwirtschaftliche Unternehmungsformen der verschiedensten Art auf breitester Grundlage einzuführen. Dann wird auch die Möglichkeit gegeben sein, die Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Führung der Betriebe zu sichern und auszugestalten, denn eine der besten Sicherungen der sozialistischen Wirtschaft ist ihre demokratische Verwaltung.

Die Sozialistische Partei wird Österreich den Bedingungen des Landes entsprechend aufbauen: sozialisierte Schlüsselindustrien, die übrige öffentliche Wirtschaft und die Genossenschaften werden mit der Privatindustrie, dem Gewerbe, dem Handel und der Bauernwirtschaft im Rahmen der staatlichen Planung und Lenkung zusammenwirken.

Wir haben in einigen Kapiteln dieser Schrift versucht, die Notwendigkeit und Nützlichkeit der Sozialisierung darzutun. Nun wenden wir uns der Frage zu, in welcher Reihenfolge an den Umbau der Wirtschaft geschritten werden soll. *Otto Bauer* schrieb darüber:

„Die Sozialisierung der Volkswirtschaft muß mit der Schwerindustrie beginnen; der Kohlen- und der Erzbau, die Eisen- und Stahlindustrie werden zuerst vergesellschaftet werden müssen. Das sind die Industriezweige, deren Sozialisierung am leichtesten durchgeführt werden kann, denn in diesen Industriezweigen ist die Produktion längst schon in wenigen Riesenunternehmungen konzentriert, die unschwer von einer Stelle aus geleitet werden können. Und das sind zugleich auch diejenigen Industriezweige, deren Sozialisierung am dringendsten notwendig ist, denn wer über Kohlen und Eisen verfügt, beherrscht die ganze Industrie.“ („Der Weg zum Sozialismus.“)

Die Gesetzgebung der zweiten Republik ist diesem Rate gefolgt. Es sind in erster Linie die Schlüsselindustrien verstaatlicht worden, besser gesagt, es ist ihre Verstaatlichung durch einen Parlamentsbeschluß ausgesprochen worden. Mit diesem Akt der Gesetzgebung allein ist es allerdings nicht getan. Ihm muß die sehr sorgfältige, aber ebenso energische Durchführung folgen.

Das Programm der Sozialistischen Partei sieht vor, daß die verstaatlichte Schlüsselindustrie mit der übrigen öffentlichen Wirtschaft enge zusammenarbeiten soll. Ebenso sind die Genossenschaften in diesen Kreis mit einzubeziehen. Auf diese Weise wird ein sehr bedeutsamer Sektor der Volkswirtschaft nicht mehr nach privaten, sondern nach gesellschaftlichen Gesichtspunkten geleitet werden. Aber neben ihm wird es auch weiterhin eine private Wirtschaft geben und mit dieser sollen die vergesellschafteten Betriebe ebenfalls zusammenarbeiten.

Es ist demnach festzuhalten:

Die Sozialisten wollen nicht die gesamte Wirtschaft sozialisieren, sondern nur jenen Teil, der für die Vergesellschaftung reif ist, in erster Linie die Schlüsselindustrie (Kohlen- und Erzbau, Eisen- und Stahlindustrie). Nach der Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie erfolgt die der anderen Großindustrie.

Die von den Sozialisten erstrebte dauernde Planung darf nicht mit den vorübergehenden Maßnahmen verwechselt werden, die während oder nach einem Kriege getroffen werden, um den augenblicklichen Notstand zu bekämpfen. Die Kriegswirtschaft ist zwar auch ein Eingriff in private Sphären, aber sie trägt einen ganz anderen Charakter als die geplante und gelenkte Volkswirtschaft im Frieden. Die erstere verschwindet mit dem Kriege, die letztere bleibt bestehen und ist dementsprechend aufgebaut. Es ist ein beliebter Propagandatricks der Antisozialisten, die vom Kriege erzwungenen und begrifflicher-

weise nicht sehr beliebten Notstandsmaßnahmen als „Sozialismus“ hinzustellen, um ihn auf diese Weise zu diskreditieren.

In Wahrheit erstreben die Sozialisten eine dauernde Planung und Lenkung der Wirtschaft, die ihre Leistungsfähigkeit erhöht und eine gerechtere Verteilung der Konsumgüter ermöglicht.

In der geplanten und gelenkten Wirtschaft werden vergesellschaftete und private Unternehmungen so lange zusammenarbeiten, bis aus dieser Zusammenarbeit wieder eine höhere Stufe der Entwicklung entsteht.

Den Bauern, Gewerbetreibenden, Kaufleuten und allen anderen Werktätigen garantiert die Sozialistische Partei ihr Arbeitseigentum. Sie alle werden in einer Planwirtschaft eine sichere und bessere Existenz haben als in der ständig von Krisen bedrohten kapitalistischen Wirtschaft.

Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, erklärt die Sozialistische Partei in ihrem Programm, daß sie über den von ihr gezeichneten Rahmen der Sozialisierung nicht hinausgehen wolle. Ja, sie versichert ausdrücklich und feierlich, daß sie den Bauern und Gewerbetreibenden, Kaufleuten und allen anderen Werktätigen ihr Arbeitseigentum garantiere.

Die Sozialisten unterscheiden zwischen dem Großkapital und den kleinen Unternehmern. Die ersteren sollen die Verfügungsgewalt über die Bergwerke und Fabriken an die Volksgesamtheit abtreten. Dagegen sollen die Gewerbetreibenden, Kaufleute und sonstigen Werktätigen in der Ausübung ihres Berufes nicht beeinträchtigt werden. Ihnen wird ihr Arbeitseigentum garantiert. Allerdings sind alle Unternehmungen, ohne Ausnahme, einer staatlichen Planung zu unterziehen.

In der planvoll gelenkten Wirtschaft werden alle arbeitenden Menschen, die Gewerbetreibenden und Kaufleute in der Stadt nicht minder wie die Bauern auf dem Lande, eine bessere Existenz haben. Sie werden vor den Krisen, die die kapitalistische Wirtschaft ständig heimsuchen, geschützt sein, denn das ist ja der Sinn und die Absicht der Planung, die Wirtschaft vor krisenhaften Erschütterungen zu bewahren. Die Werktätigen aller Grade tauschen somit die in der kapitalistischen, sogenannten freien Wirtschaft zwar vorhandene, aber überaus unsichere Aussicht auf größere Gewinne ein gegen eine sichere Existenz in der geplanten und gelenkten Wirtschaft. Wir sind sicher, daß verantwortungsbewußte Menschen, denen das Wohl ihrer Familie auf dem Herzen liegt, die zweite Alternative vorziehen werden.

Die Anhänger der sogenannten „freien Wirtschaft“ wollen nicht wahrhaben, daß sich die Entwicklung zur gebundenen Wirtschaft mit einer inneren Gesetzmäßigkeit vollzieht. Auf diesen Umstand hat auch ein ganz unparteiischer Gelehrter, der Grazer Universitätsprofessor *Dr. Josef Dobretsberger*, in einem Vortrag auf der Ischler Hochschulwoche im September 1948 verwiesen. Er sagte dort: „Die Entwicklung zur gebundenen Wirtschaft vollzieht sich heute mit derselben Zwangsläufigkeit wie seinerzeit die Entwicklung zur Wirtschaftsfreiheit. Wir können sie in konservativ regierten Staaten ebenso verfolgen wie in sozialistischen, in primitiven Ländern ebenso wie

in hochentwickelten. Es ist aussichtslos, sich dieser Tendenz entgegenzustellen.“

Wir fügen hinzu: Es ist vernünftiger dieser Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung bewußt zu folgen und sich ihrer als eines Mittels zur Vermehrung des Wohlstandes zu bedienen.

In einem sozialistischen Österreich wird jedem ein Arbeitsplatz gesichert sein. Aber jedermann wird auch die Pflicht haben, nach seinen Fähigkeiten zum Wohlstand der Gesellschaft beizutragen.

Durch eine einheitliche Sozialversicherung werden alle arbeitenden Menschen in Stadt und Land, Arbeiter und Bauern, Angestellte und Beamte, Selbständige und Intellektuelle, von der Sorge vor Krankheit, Arbeitsunfähigkeit und Alter befreit werden.

Nichts wirkt niederdrückender als die Unsicherheit der Existenz. Sie zu beseitigen, bedeutete die „Befreiung von der Not“, eines der großen Ziele der Menschheit. Die Sozialistische Partei versucht zu zeigen, auf welche Weise dieses Ziel erreichbar ist. Zuerst einmal durch die Sicherung des Arbeitsplatzes. In einem sozialistischen Österreich mit seiner geplanten und gelenkten Wirtschaft wird es keine ungenützten Hände geben. Jeder Arbeitsfähige bekommt die Arbeit zugewiesen, für die er sich am besten eignet, wie andererseits er die Verpflichtung übernimmt, nach seinen Fähigkeiten zum Wohlstand der Gesellschaft beizutragen.

Im Falle der Erkrankung oder anderen Ursachen von Arbeitsunfähigkeit tritt die Sozialversicherung in Wirksamkeit. Sie muß ganz allgemein sein. Das heißt, sie darf sich nicht allein auf Arbeiter und Angestellte erstrecken, sondern muß auch die Angehörigen der freien Berufe umfassen. Sie muß ebenso auf Gewerbetreibende und Bauern ausgedehnt sein.

Aber nicht allein der Kreis der Berechtigten hat so umfassend wie möglich zu sein. Die Sozialversicherung muß alle Zwischenfälle des Lebens in den Bereich ihres Wirkens ziehen, so zwar, daß der Mensch geschützt ist von der Wiege bis zum Grabe. In England hat die Arbeiterregierung damit begonnen, eine derartige umfassende Sozialversicherung aufzubauen. In Österreich, wo es ebenfalls bereits eine verhältnismäßig gut funktionierende Sozialversicherung gibt, muß der Ausbau großzügig fortgesetzt werden, bis jeder, der arbeitet, zeit seines Lebens vor Hunger und Not geschützt ist.

In England ist ein großer Teil der sozialen Fürsorge nicht auf Bedürftige beschränkt, sondern jedem Staatsbürger zugänglich. So erhalten zum Beispiel die Eltern für das zweite sowie für jedes darauffolgende Kind wöchentlich fünf englische Schilling als Erziehungsbeihilfe bis zum 15., beziehungsweise 16. Lebensjahr des Kindes. Diese Beihilfe wird an alle ausbezahlt, gleichgültig, ob sie bedürftig sind oder nicht. Ebenso wird zum Beispiel die kostenlose ärztliche Behandlung jedem englischen Staatsbürger zuteil, der sie in Anspruch nimmt.

Eine Broschüre der englischen Regierung, die die umfassende Sozialgesetzgebung des 5. Juli 1948 erläuterte, konnte mit berechtigter Genugtuung sagen, daß mit diesen Gesetzen „ein wirksames Verteidigungssystem gegen die Mächte des Unglückes“ errichtet wurde.

Es liegt am österreichischem Volke, daß dem englischen Beispiel hierzulande gefolgt wird, daß auch in Österreich Stück für Stück ein System aufgebaut wird, das dem Menschen das Leben lebenswert macht.

Die zerstörten Städte und Wohnstätten müssen raschest wieder aufgebaut werden. Die Sozialistische Partei wird im Rahmen von Aufbauplänen für Stadt und Land die Errichtung neuer, menschenwürdiger Wohnanlagen für das ganze arbeitende Volk in Österreich betreiben. Eine moderne Wohnkultur soll entstehen.

An den Folgen des Krieges werden wir noch lange zu tragen haben. Am schlimmsten sind diejenigen daran, die ihre Wohnung verloren. Ihnen zu helfen, ist eine der ersten Pflichten des Gemeinwesens. Der Bau von Häusern und Wohnungen stößt heute allerdings auf außerordentliche Schwierigkeiten. Es mangelt an Baustoffen und an geeigneten Arbeitskräften. Dazu kommt, daß die Kreditgewährung noch nicht organisiert ist. Trotzdem darf von Staat und Gemeinden nicht einen Augenblick gezögert werden, denn es wäre zwecklos, sich beim Wohnungsbau auf die Privatinitiative zu verlassen.

Die Sozialisten haben bis zum Jahre 1934 in Wien und den anderen von ihnen verwalteten Gemeinden Großes geleistet. Das Rote Wien hat unter dem Bürgermeister *Karl Seitz* und dem Stadtrat *Hugo Breitner* in wenigen Jahren 60.000 Wohnungen gebaut. Diese Zeit planvollen Schaffens muß wiederkehren! Tatsächlich ist der Anfang bereits gemacht worden. Wien baut wieder! Die anderen roten Städte und Gemeinden folgen.

Die Sozialistische Partei Österreichs will alle werktätigen Schichten in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Kapitalismus zusammenfassen. Der Klassenkampf der Arbeiter wird zum Kampf aller arbeitenden Schichten für die Umwälzung des gegenwärtigen Systems der gesellschaftlichen Unsicherheit und für eine neue sozialistische Ordnung der Gesellschaft.

Am Ende des Jahres 1947 zählte man in den österreichischen Krankenkassen 1.870.658 versicherte Arbeiter und Angestellte. Die Zahl der selbständigen Unternehmer betrug in Industrie, Gewerbe und Handel rund 200.000 Personen. In der Landwirtschaft gab es im Jahre 1947 insgesamt 1.539.075 Beschäftigte, davon 390.000 familienfremde und 700.000 familieneigene Arbeitskräfte.

Diese Zahlen zeigen, daß die Arbeiter und Angestellten die zahlenmäßig stärkste Klasse in Österreich sind. Rechnet man die landwirtschaftlichen

Arbeiter hinzu, dann ergibt sich eine überwältigende Mehrheit der Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Bilanz sieht so aus: Den 2,260.000 Arbeitern (die familienfremden Landarbeiter mit inbegriffen), Angestellten und Beamten aller Kategorien stehen 650.000 Selbständige in Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft gegenüber. Das Verhältnis ist drei zu eins.

Von den familieneigenen Arbeitskräften der Landwirtschaft sehen wir in diesem Zusammenhang ab. Doch selbst wenn wir sie zur Gänze der Gruppe der Selbständigen zuzählten — was sicher nicht richtig ist —, ergäbe sich noch immer eine große Mehrheit für die Gruppe der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Die Arbeiterklasse ist also unbestreitbar die zahlenmäßig stärkste Gruppe der Gesellschaft. Von ihrem Verhalten hängt, solange der Staat demokratisch ist, die Entwicklung des Gemeinwesens in einem hohen Maße ab. Deshalb strebt die Sozialistische Partei danach, vor allem die Arbeiter und Angestellten in ihrem Rahmen zusammenzufassen. Sie sind es, denen nach ihrer Zahl und volkswirtschaftlichen Bedeutung die Führung im Kampfe gegen den Kapitalismus zufällt.

Aber der Kampf, den die Arbeiter und Angestellten führen, ist zugleich ein Kampf für das ganze Volk, dessen Mehrheit sie darstellen. Es handelt sich ja nicht darum, die engeren wirtschaftlichen Interessen einer Gruppe — und sei es selbst die größte — zu verfechten, sondern vielmehr um den Umbau der ganzen Gesellschaftsordnung.



Eine persönliche
Information
für unsere Freunde
und Mitarbeiter.

Für eine Neubestimmung linker Politik

Zum Bundeskongress 1980

Es ist ein Faktum, das zunächst keiner Beweise bedarf: Linke, revolutionäre Politik ist unattraktiv geworden, jedenfalls die organisierte, mit ihrem Globalanspruch und ihrem altertümlichen Jargon. Ohne Zweifel ist der Rückgang von objektiven Faktoren mitverursacht worden, die neben nationalen Besonderheiten auch internationale Erscheinungen reflektieren. Wir werden darauf noch zu sprechen kommen, im Zusammenhang mit der Formulierung von Überlegungen zur linken Politik überhaupt. Ebenso aber – und im enger definierten Rahmen immer stärker – spielt subjektives Ungenügen eine Rolle, es scheint, als sei die Linke weit hinter ihren gesellschaftlichen Möglichkeiten geblieben. Von diesem soll hier vor allem die Rede sein, von Faktoren also, die in unserem Einfluß liegen.

Im zehnten Jahr unserer politischen Existenz als eigenständige politische Organisation sind Resultate, positive wie negative, selbstkritisch zu reflektieren, zugleich auch eigenes, siebenjähriges Engagement mit und in der "Bewegung für Sozialismus". Es ist gerade eine der hervorragendsten, stärksten organisationstheoretischen Erwägungen unserer Organisation, daß wir davon ausgehen, die Tätigkeit jedes aktiven Mitglieds trage die Organisation, ihre Strukturen, aber auch Theorie und Praxis, bilde diese entscheidend mit. Selbstreflexion über eigene politische Ansprüche, Wünsche, Zielsetzungen und Erfahrungen sind deshalb auch entscheidendes Moment zur Selbstkritik der Organisation insgesamt.

Linke Politik im organisierten Kapitalismus

Wir sollten uns zunächst vor Augen führen, daß es ungenügend ist, die derzeitige und seit Jahren andauernde Stagnation unserer Organisation mit dem Hinweis zu rechtfertigen, den anderen linken Organisationen ginge es ebenso schlecht oder schlechter. Die Rechtfertigung für unsere eigenständige politische Existenz liegt ja gerade in der Überzeugung, daß unsere spezifischen politischen Optionen im linken Spektrum der gesellschaftlichen Realität angemessene Strategiemomente bieten und damit grundsätzlich erfolversprechender sind als andere, traditionelle Ansätze.

Es ist zweifellos richtig, daß beispielsweise die SP-Linke in ihrer Abhängigkeit und ihrer institutionellen und persönlichen Integration in einer Partei, die das kapitalistische System entscheiden mitträgt, entschieden politisch geschwächt ist. Die SP-Linke ist heute ohne Zweifel in sich aufgespalten, in der Partei selbst isoliert, politisch wohl eher unbedeutend, zum Teil auch persönlich korruptiert, relevant nur in der veröffentlichten Meinung als Bürgerschreck. Unsere Analyse aber ist es, daß die Linke in der SPÖ nur unter der Voraussetzung erstarken und zu einem wesentlichen politischen Faktor werden kann, wenn sowohl politischer Legitimationsdruck von der Arbeiter- und Angestelltenschaft als auch organisatorische Alternativen vorhanden sind. Kein Grund zu Hochmut also, allemal.

Es ist ebenso richtig, daß die KPÖ in ihrer dogmatischen Erstarrung keine reale Alternative in der österreichischen Politik darstellt; gerade wegen der gesellschaftlichen Alternative, die sie vermeint, anbieten zu müssen. Die bedingungslose Verteidigung der Macht- und Lebensverhältnisse in den staatsbürokratisch organisierten Ländern des COMECON-Bereichs, speziell aber die Formulierung dieser Gesellschaftsmodelle als Zielvorstellungen machen sie als sozialistische Alternative unglaubwürdig, ja den Sozialismus selbst zum Zerrbild, erschweren damit linke Politik überhaupt. Nur: Das war die Ausgangslage, auf Grund derer die KPÖ mit der KPÖ gebrochen hatte, um zur "Bewegung für Sozialismus" mit ganz anderem Politikverständnis zu werden. Keine Begründung finden wir hier für unsere Stagnation, daran kann's nicht liegen.

Die Organisationen, die ihre Existenz der – in Österreich ohnedies nur ansatzweise vorhandenen – Studentenbewegung verdanken, speziell deren Verfall, konnten nicht einlösen, was die Neue Linke zu werden versprach: An die Stelle radikaler Kritik der bestehenden Systeme, an die Stelle des Aufbrechens erstarrter, tradierter, bürokratischer Verkehrsformen auch in der Arbeiterbewegung trat eben diese Erstarrung. In dogmatisch übernommenen, sektiererischen Kaderorganisationen, groteskhaft-verzerrt im Stalinismus der Maoisten, pragmatisch und perspektivlos in der Rezeption des gescheiterten und historisch schon ebenso widersprüchlichen Trotzismus. Jedoch: Auch deren Stagnation kann nicht als Begründung für unsere eigene herhalten. Unsere Analyse kritisierte stets Übertragung des russischen Revolutionsmodells, Übertragung des Leninismus, sei es als Organisationsmodell, sei es als Anleitung für die Praxis, sei es als theoretisches Gerüst, auf die Verhältnisse des entwickelten, organisierten Kapitalismus.

Die "Neue Linke" als Ausgangspunkt

Was die Entwicklung der späten sechziger Jahre spezifisch auszeichnete war das Aufkommen einer revolutionären Bewegung außerhalb der etablierten Arbeiterorganisationen. Der revolutionäre Charakter dieser Bewegung bestand nicht in präzise ausformulierter Revolutions- und Organisationstheorie. Im Gegenteil, ihre hauptsächliche Schwäche lag darin: Abstrakte Strategiemodelle, diffuse Zielvorstellungen in einer gleichrangigen Bandbreite, von Solidarität mit der Dritten Welt und Hochschulpolitik, Frauen- und Didaktikproblematik, bis hin zu abstrakt formulierten Konzepten von menschlicher Emanzipation.

Das heißt: die Wirklichkeit war genau umgekehrt: Erfahrungen aus eigenem subjektiven Erleben, aus der privilegierten Situation im Arbeits- und Lebensprozeß – konkretisiert erlebte Widersprüchlichkeit nicht eingelöster bürgerlicher Werte, Werte, von denen Bloch richtig bemerkt, sie seien, obwohl ihrer Entstehung nach bürgerliche, erst im Sozialismus einlösbar, solche Erfahrungen also brachten die Wiederentdeckung des Marxismus als sozialistischen Humanismus mit sich, die Ablehnung der ökonomisch-administrativen Verkürzungen in der traditionellen Arbeiterbewegung.

Das eben war die Schwäche der traditionellen Arbeiterbewegung: Hatte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung auf gesellschaftsverändernde Perspektiven sozialpartnerschaftlich verzichtet und in beständiger Wechselwirkung mit der Arbeiterklasse insgesamt das grundlegend neue des Marxismus, den revolutionären Aspekt menschlicher Eigenbestimmung gegenüber Fremdbestimmung, Entfremdung, zugunsten lediglich ökonomischer, materieller Bedürfnisbefriedigung abgebaut, so war der Marxismus in den Ländern des sogenannten "realen Sozialismus" und bei ihren Bruderparteien im kapitalistischen Block zu einer reinen Herrschaftsideologie degeneriert.

Der revolutionäre Humanismus des Marxismus hat seinen Gegenbegriff nicht im Reformismus, als politisch-taktischem Kampfbegriff von Teilen der linken Bewegung immer wieder anderen mahnend entgegengeworfen. Sein revolutionärer Anspruch besteht vielmehr darin, daß er die Selbstbestimmung der Menschheit als zentrales Motiv nimmt, und dieses Motiv jeder Form von Herrschaft und Ausbeutung entgegenstellt. Herrschaft und Ausbeutung haben wohl ihren Ausgangspunkt in der Ökonomie; spürbar sind sie jedoch nicht nur in diesem, sondern gerade im subjektiven individuellen Bereich. Von daher gewinnt der Begriff von Entfremdung und Selbstentfremdung erst seine radikale Bedeutung. Indem Entfremdung und Selbstentfremdung menschlicher Selbstverwirklichung, menschlicher Freiheit entgegensteht, in der Produktion, in der Freizeit, ja im Vollzug des Lebens in dieser Scheidung entgegensteht, wird Kapitalismus im individuellen Leben ebenso leidvoll erfahren wie im sich sozialistisch nennenden Etatismus die Entfremdung im Produktionsbereich hat ihren Reflex im quasi-privaten Freizeitbereich, in dem Macht und Herrschaft in erstarrten, unbefriedigten Familienverhältnissen sich zeigt, mit der bescheidenen Aussicht auf entfremdete Konsumation, materiell oder in Form von Dienstleistungen.

Dieses Wiederentdecken des marxistischen Humanismus, sein Gegenüberstellen zu den ökonomischen Verkürzungen

des Marxismus in der traditionellen Arbeiterbewegung, das war der revolutionäre Elan der "Neuen Linken." Die Erkenntnis, daß Lebensverhältnisse, nicht nur die materiellen, in die Kritik einzuschließen seien, diese Erkenntnis macht revolutionäre Politik aus: Ob eine solche fundamentale Veränderung auf der Grundlage der russischen, der chinesischen oder welcher konkreten Erfahrung auch immer stattzufinden hätte, ist keine tatsächliche, inhaltliche Fragestellung revolutionärer Politik, sondern Karikatur. Gesellschaftliche Veränderung ist überhaupt nur vorstellbar als Aufhebung von Entfremdung, als Werk einer bewußten Mehrheit, in einem dialektischen Prozeß vorstellbar, in dem Reformen notwendige Momente zur Aufhebung überkommener Herrschaft und Fremdbestimmung ebenso wie zur Bewußtwerdung dieser Aufhebung sind.

Konsequenzen für eine linke Politik heute

Eines hat die Geschichte mit Sicherheit gelehrt: Mit der Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln wird Revolution allein nicht erreicht. Konsequente Verstaatlichung der Produktionsmittel hat nichts weiter gebracht als neue Fremdbestimmung, neue Entfremdung – ein neues Modell von Klassenherrschaft ist der Effekt des "realen Sozialismus". Selbstverwaltung, selbstbewußtes Aufgreifen der Geschichte ist untrennbar an Vergesellschaftung, an Selbstverwaltung gebunden. Und Selbstverwaltung ist unteilbar: Der Staat als Herrschaftsinstrument stirbt nicht ab, er muß bewußt durch alternative Strukturen ersetzt werden.

Dies ist die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, freilich unter den spezifischen Bedingungen des Spätkapitalismus in einem Bündnis mit den verschiedenen Schichten, die unter kapitalistischer Gesetzlichkeit immer stärker als unmittelbar Betroffene Fremdbestimmung zu spüren bekommen: Angestellte, Intellektuelle, aber auch diverse klassenspezifisch Betroffene, die spezifischen Formen der Unterdrückung unterliegen, wie Frauen, nationale Minderheiten, Künstler ohnedies.

Auch in Österreich ist in den letzten Jahren immer deutlicher spürbar geworden: Das Ungenügen des kapitalistischen Gesellschaftsmodells übersetzt sich in Selbstorganisation der unmittelbar Betroffenen. Freilich: Diese Form der Selbstorganisation ist ebenso ungenügend, isoliert, integrierbar, verliert gesellschaftliche Zusammenhänge auch dann aus den Augen, wenn sie vorher geortet wurden. Am Beispiel der Arena-Bewegung, des Kommunikationszen-

trums am Spittelberg ist dies leicht nachweisbar, ebenso an verschiedenen Ausformungen der Anti-AKW-Bewegung, der Frauenbewegung.

Jedoch: Die Linke hat auf diese aufbrechenden Momente tendenzieller Aufhebung der Entfremdung keine Antwort gefunden. Mit gutmeinender Solidarität ist es nicht getan, wenn sie sich in bloß abstraktem Schulterklopfen äußert, ohne tatsächliche Auseinandersetzung.

Denn: Obwohl diese Initiativen von Betroffenen zumeist deren konkrete Bedürfnisse formulieren, so ist diese Formulierung stets nur bruchstückhaft, ver-gänglich, wird vom System problemlos integriert. Die organisierte Linke, speziell die "Bewegung für Sozialismus", die zumeist über einzelne Genossen in diesen Bewegungen aktiv war, weiß um die Problematik, um die Beschränktheit dieser Ansätze. Sie hat aber keine ernsthaften Antworten, kein Konzept allgemeinpolitischen Handelns. Sie greift nicht am unmittelbaren Erfahrungszusammenhang der Betroffenen an, um darüberhinausgehend die Lebensverhältnisse insgesamt in Frage zu stellen, sie sucht keine Alternative zu diesen Lebensverhältnissen, sie ist nicht subversiv.

Unsere Antwort besteht – neben wohlmeinender personeller und materieller Solidarität, mißverstandenen Schulterklopfen insgesamt – in einer Reproduktion klassischer Verhaltensformen, klassischer Organisationsstrukturen, einer Kopie in Wirklichkeit der von uns deshalb kritisierten, erstarrten traditionellen Arbeiterbewegung, ungleich weniger effizient freilich.

Es gilt, ein Konzept kontinuierlicher Subversion zu entwickeln; ein Konzept, das an erfahrbaren Widersprüchlichkeiten des kapitalistischen Systems ansetzt, die Lebensverhältnisse insgesamt aber im Auge hat. Selbstorganisation an Hand erfahrbarer Widersprüche entstehen läßt, zugleich aber die Zusammenhänge aufzeigt, die der Selbstverwaltung entgegensteht. Auch der Widerstände, die in uns selbst bestehen, indem wir der Verdinglichung des organisierten Kapitalismus im eigenen Lebenszusammenhang unterliegen.

Es geht um ein Stückchen konkreter Utopie; das ermöglichte attraktive Politik, die uns ebenso motiviert, Politik zu machen, wie sie glaubwürdig Alternativen zur bürokratischen Erstarrung der traditionellen Arbeiterbewegung mit sich brächte. Ein begründbarer Schritt aus der gegenwärtigen Isolation der revolutionären Linken insgesamt. Ein Schritt aber auch, für den die Strukturen in unserer Organisation erst geschaffen werden müssen.

Ronny Pohoryles ■

Krieg und Scheinfrieden

Die Lunte brennt im Nahen Osten nicht nur am Pulver-, sondern auch am Ölfaß. Helmut Schmidt war nicht der einzige, der offen von der Möglichkeit eines Krieges sprach, sollten sich die Ölversorgungsschwierigkeiten des Westens weiter verschlimmern. Eine speziell für den Wüsteneinsatz vorgesehene Interventionstruppe der amerikanischen Armee übt für den Ernstfall. Das Treffen zwischen Brandt, Kreisky und Arafat in Wien, der schmähliche "Fall Young" sind positive und negative Beispiele dafür, daß unter den westlichen Regierungen ein Prozeß der Wandlung in ihrer Politik gegenüber der PLO eingesetzt hat und bereits weiter fortgeschritten sein dürfte, als dies in der Öffentlichkeit zugegeben wird; — einer Öffentlichkeit, die nicht nur in den USA von der Israel-Lobby manipuliert wird. Die extreme zionistische Rechte arbeitet dabei folgerichtig jenen Kräften in der PLO in die Hände, die noch immer von der Zerstörung des Staates Israels reden. Beide — Israel und die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes — werden es lernen müssen, miteinander zu leben. Sonst geht das Sterben auf beiden Seiten weiter, und die Explosion des Öl- und Pulverfasses Naher Osten könnte weit über diese Region hinaus eine Katastrophe auslösen.

Die Entwicklung im Libanon

Der Libanon scheint das Ziel aller Konfusion zu sein, die durch Camp David und das Washingtoner Abkommen zwischen Israel und Ägypten ausgelöst worden sind. Hierher verlagert sich das Zentrum des Konflikts, weg von den Autonomieverhandlungen, die sich rasch im Sand zu verlaufen scheinen.

Wenn man im Süden Beiruts nach Sidon und Tyre fährt, kommt man in eine Region nördlich der Roten Linie, des Litani Flusses, die im Juni noch von syrischen Truppen kontrolliert war. Entlang der Litani gibt es drei militärische Kräfte: die UNIFIL-Einheiten, mit denen jetzt 500 Truppen der Libanesischen Armee zusammenarbeiten; dann gibt es hier die Palästinenser und ihre linken libanesischen Verbündeten; und schließlich die christlich-maronitischen Streitkräfte an der Grenze zu Israel, von diesem bewaffnet und unterstützt.

Die UNIFIL-Einheiten sind hier eingedrückt, um den Rückzug der israelischen Truppen zu überwachen. Sie sind zwar da, und obwohl die israelischen Truppen sich zurückgezogen haben,

hilft es nichts gegen die israelische Beschießung und Bombardierung des Südlibanon, die besonders seit Ende Juni zugenommen hat. Sie gehen halt in Deckung. Die Israeli, die bis vor kurzem ihre Angriffe auf den Südlibanon immer als Vergeltungsschläge für die palästinensischen Überfälle hingestellt haben, gaben zu dieser Zeit bekannt, daß die Angriffe gegen "palästinensische Einrichtungen" weitergehen würden — als vorbeugende Maßnahme sozusagen. Aber, wenn man Richtung Süden fährt und die Ziele der israelischen Beschießungen und Bombardierungen sieht, merkt man sofort, daß sie wahllos kleine libanesischen Dörfer, Bauernhöfe, Siedlungen, Bananplantagen wie palästinensische Lager treffen. Der ganze Zweck besteht darin, die Bevölkerung solange zu terrorisieren, bis sie in den Norden fliehen, sodaß der Süden in den Händen der Maroniten verbleibt, der Freunde Israels. Sie wollen auch die Syrer vertreiben, und es ist bemerkenswert, daß die meisten Beschießungen und Bombardierungen den Norden der Roten Linie treffen, soweit nördlich wie Damur liegt, ein von den Syrern kontrolliertes Gebiet eben. Hier, über Sidon und Damur geschah

es am 28. Juni, daß syrische MIG-Maschinen gegen israelische F-15 Bomber aufstiegen, die von den Amerikanern Israel mit der Auflage geliefert wurden, nur für Zwecke der "Selbstverteidigung" eingesetzt zu werden. Die Israeli teilten mit, daß fünf syrische MIG abgeschossen wurden (es waren exakt vier), und die Syrer und Palästinenser teilten mit, daß zwei israelische Maschinen heruntergeholt wurden, was von den Israelis dementiert wurde. Das erste Mal benützte die PLO SAM 7-Raketen. Eine weitere Eskalation des Krieges im Südlibanon.

Syrische Schwierigkeiten

Die Syrer wollen mit Israel keinen Krieg. Weder im Libanon noch woanders. Sie wissen, unter den gegenwärtigen Umständen, mit dem Ausscheren Ägyptens, könnten sie nie gewinnen. Aber das ist nicht der einzige Grund, warum sie ihre Truppen lieber wieder zu Hause haben möchten. Sie haben ihre Probleme im eigenen Land, und während diese als das Werk der Moslem-Brüderschaften hingestellt wurden (das Massaker in Aleppo z.B.), ist es nicht die ganze Wahrheit. David Hurst berichtet im "Guardian" vom 26. Juni detailliert über die syrischen Probleme. "Das Massaker an 60 Armeekadetten in Aleppo", schreibt er, "hat einen Zipfel des Schleiers über der verheerenden Situation gelüftet, welche das herrschende Baath-Regime lange zu verheimlichen versucht hat."

"In Syrien ist es die wichtigste, wenn auch mit höchster Sorgfalt verheimlichte Tatsache des politischen Lebens, daß seit 15 Jahren die wirkliche politische Macht ausschließlich in den Händen einer kleinen religiösen Minderheit liegt. Es ist keineswegs die Baath-Partei, die die Geschicke des Landes wirklich lenkt. Es sind die Alawiten, eine Schitische Sekte von den Hügeln nahe Latakiah, gerade 10% der Bevölkerung. Theoretisch herrscht die Partei, aber in der Praxis sind es sie mittels ihrer versteckten Solidarität untereinander innerhalb der Partei und anderen wichtigen Institutionen".

Und er führt weiter aus, daß die syrische Baath-Partei unter alawitischer Kontrolle dem Konzept des Pan-Arabisismus großen Schaden zugefügt hat, ebenso wie ihr Gegenstück im Irak. Anstatt alle ethnischen, regionalen und sektiererischen Spaltungen zu überwinden, haben sie sie im Gegenteil noch vertieft. Das Regime habe zwar angekündigt, daß es die Moslem-Brüderschaften zerschmettern wird, aber der eiserne Besen wird nichts nützen, denn er hat selber versagt als es darum ging, jene auf den Misthaufen zu kehren, die für frühere Morde verantwortlich sind. Die Polizei ist brutal und unfähig. Sie bekommt auch wenig Hilfe von einer Bevölkerung, welche die

Terroristen zwar nicht unterstützt, aber ebensowenig auf Seiten des Regimes steht. Auch könnte so ein Vorgehen unter jenen Alawiten auf Widerstand stoßen, die für Mäßigung sind.

Das ist es, warum Assad seine Armee nicht im Libanon belassen möchte. Er braucht sie zu Hause. Und daher kann er noch weniger unter den gegenwärtigen Umständen einen Krieg mit Israel riskieren.

Und der Irak . . .

Wie David Hurst berichtet, ist das Baath-Regime im Irak skrupelloser und korrupter noch als jenes in Syrien. Über einige Jahre hat Präsident Bakr die Illusion zu erwecken vermocht, als sei der Irak am härtesten innerhalb der Arabischen Ablehnungs-Front. In Wirklichkeit hat er, wie Assad und Sadat in der-

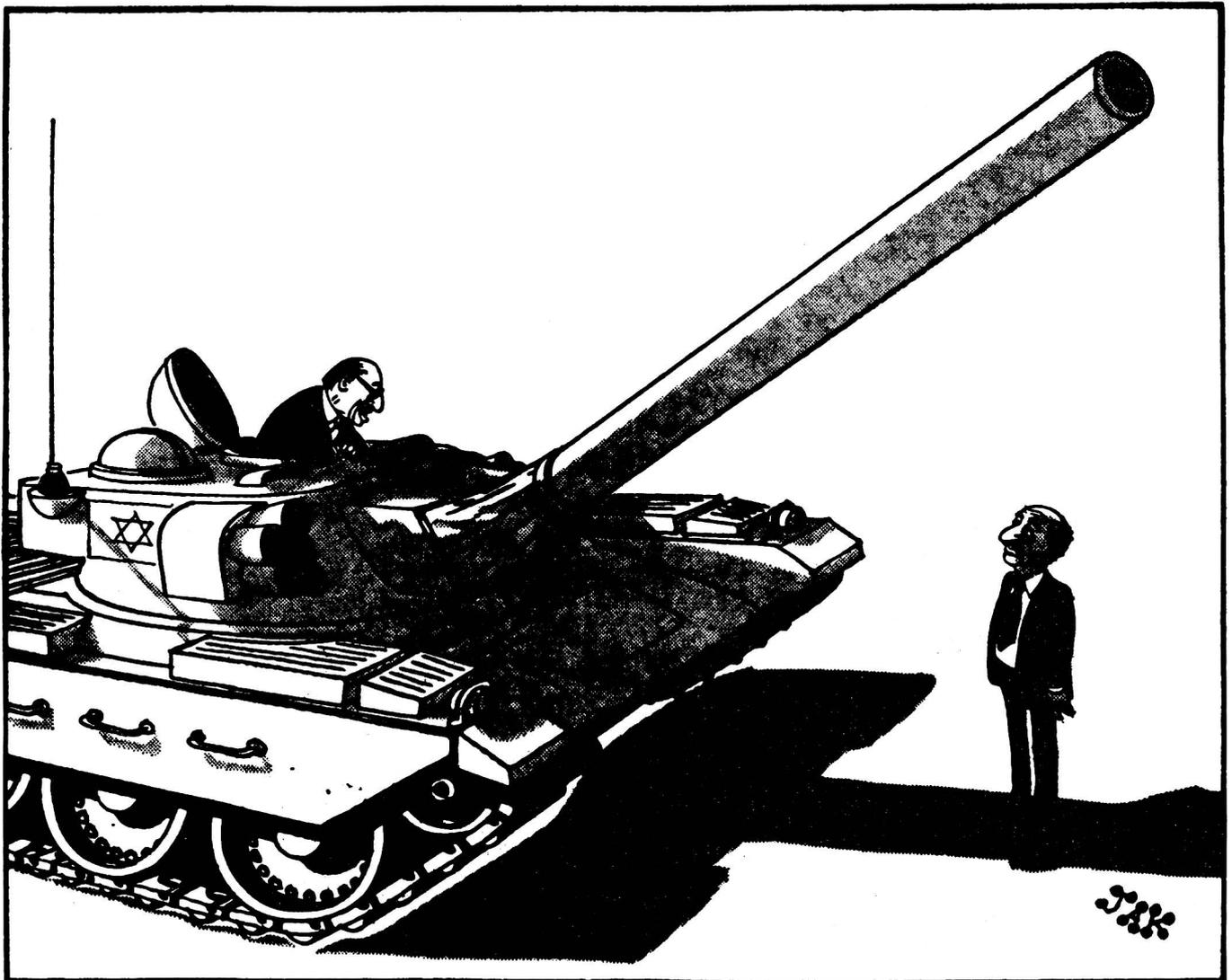
selben Zeit mit westlichen kapitalistischen Ländern zusammengearbeitet, obwohl er, bis jetzt jedenfalls, seine Waffen aus der UdSSR bezieht. Daneben hat er die irakischen Kommunisten gnadenlos unterdrückt mit Verhaftungen, Einkerkung, Hinrichtung und Ermordung; und mit Unterstützung für, ja manchmal Beteiligung an der Ermordung sogenannter gemäßigter Palästinenser. (Es sei hier nur an die Ermordung von Adel Wasfi erinnert, dem stellvertretenden Herausgeber des PLO-Journals, "Falestine al Saoura", am 20. Juni des J., siehe auch "Le Monde" vom 27. Juni 1979).

Die Unterdrückung von Mitgliedern der Irakischen Kommunistischen Partei wird in Moskau natürlich mit Verärgerung zur Kenntnis genommen. Die Bemühungen Iraks, von der SU kompliziertere Waffensysteme zu erhalten, insbesondere nach der militärischen Allianz mit Syrien, stießen auf Widerstand. Aber der Irak hat im Gegensatz zu Ägypten genug Öl und genug Geld und wandte sich an Frankreich. Anfang Juli hat der französische Ministerpräsident Barre im

Irak einen zweitägigen Besuch abgestattet. Nach dem "Guardian" vom 7. Juli ging es um ein riesiges Waffengeschäft ebenso wie um die Errichtung von Kernkraftwerken als Vorstufe zum Ausbau der Atomrüstung.

Saudiarabien und das Öl

Der effektivste Widerstand gegen Camp David und das Washingtoner Abkommen kam vom rechten arabischen Flügel, von Saudi-Arabien – seine Feindseligkeit wurde immer spürbarer. Sie haben sich geweigert, für die Anschaffung von 50 F-5E-Kampfmaschinen aufzukommen, deren Lieferung an Ägypten im Abkommen von Camp David verein-



„Und wie legen Sie Ihren Friedenspreis an, Mr. Sadat?“

bart wurde. Frieden war – Gipfelpunkt des Zynismus – mit dem Verkauf hochentwickelter Waffen an beide Seiten verknüpft, wenn auch nicht auf gleicher Grundlage, denn den Ägyptern wurden F-5E-Maschinen angeboten, die Israeli erhielten die modernsten F-15. Das ägyptische Geschäft ist an der Weigerung Saudi-Arabiens, für die Kosten aufzukommen, geplatzt.

Vier Tage bevor die Stornierung des Projekts durch Scheich Yamani mitgeteilt wurde, ist der Sprecher der saudi-arabischen Ölinteressen von "Newsweek" interviewt worden. (Darin wurde auf die Möglichkeit der Blockierung der Straße von Hormuz durch PLO-Anschläge und auf den daraus folgenden Kollaps der weltweiten Ölversorgung offen hingewiesen, d.h. die Lösung der Palastinenser-Frage unmittelbar mit der Öllieferung an den Westen in Zusammenhang gebracht).

USA stellen Interventionstruppe auf

Die Härte dieser saudiarabischen Erklärung ist als mögliche Reaktion auf die einige Tage früher bekanntgewordene Erklärung der USA zu sehen, eine Interventionstruppe zur Wahrung amerikanischer Interessen außerhalb des NATO-Bereichs aufzustellen, bestehend aus jederzeit mobilisierbaren 110.000 Mann. Daß mit dem Nicht-NATO-Bereich die Interessen Amerikas im Nahen Osten und insbesondere am Golf gemeint war, wußte jedes Kind. Dies würde nach dem Scheitern der US-Interventionspolitik und der Nixon-Doktrin (andere für die Interessen der USA kämpfen zu lassen) darauf hindeuten, daß die Carter Administration und insbesondere Brzezinski in Anbetracht des "Verlorenen" Iran und des Zusammenbruchs der saudiarabischen Allianz, sich wieder der Politik der direkten amerikanischen Intervention annähern. Es hat durchaus den Anschein, daß der Kongress und die öffentliche Meinung die Aufstellung einer solchen Interventionstruppe akzeptieren werden, schon allein deswegen, weil die meisten US-Bürger eine nachgerade paranoide Angst um ihr Recht an den Tag legen, soviel Öl konsumieren zu können, wie es ihnen beliebt. Das aber bedeutet auch, zu den bereits bestehenden Gefahren für einen neuen Krieg im Nahen Osten eine weitere Dimension hinzuzufügen.

Die Autonomie-Verhandlungen und Israel

Obwohl nach außen eine Fassade des Erfolgs errichtet wurde, geben es Israel

und Ägypten gleichermaßen zu, daß die Gespräche stagnieren. Sadat selbst soll jüngst erklärt haben, daß solange kein Erfolg sich einstellen würde, als Begin in der israelischen Führung etwas zu sagen habe. Begin fährt fort, die Errichtung neuer Siedlungen zu unterstützen und tritt für die Beibehaltung bereits errichteter ein. Die Repression hat in den besetzten Gebieten zugenommen. Er läßt weiterhin den Südlibanon angreifen. Amerikanischer Druck auf ihn (die US-Präsidentschaftswahlen stehen vor der Tür!) erreicht höchstens Zugeständnisse der Art wie die Wiedereröffnung des Bir-Zeit-Kollegs.

Begin mag mit dieser Politik die meisten Israelis vielleicht hinter sich wissen. Es gibt aber einen Faktor, der weitgehend unberücksichtigt bleibt: die ökonomischen Probleme Israels.

Begin setzte bekanntlich auf eine ökonomische Politik, die auf den Ideen Milton Friedmans (der ja auch in Chile der Obristen Schule machte) beruht, was in Israel einschneidende Änderungen mit sich brachte, darunter den Trend zum "Liberalismus", und das in einem Land, welches seit seinen Anfängen im Zeichen beträchtlicher Staatskontrolle und -interventionen unter einer Reihe von Regierungen der Arbeiterpartei gestanden ist. Die Politik des Wirtschaftsliberalismus und der Eindämmung der staatlichen Subvention führte zu einer brutalen Preissteigerung (25 bis 30% allein im März d.J. bei einer Reihe von Waren). Die von Begin geplante Einfrierung der Preise würde aber den Staat 7 Milliarden israelische Pfund kosten – die im Budget aber fehlen. Die kommende Erhöhung der petrochemischen Produkte bis zu 35% werden ebenfalls auf die Preise durchschlagen. Die 1981 fälligen Parlamentswahlen werden im Zeichen zunehmender wirtschaftlicher Auseinandersetzung stehen.

Die europäische Gemeinschaft

Die Staaten der EG sind noch mehr als die USA vom arabischen Öl abhängig. Die Gespräche der sieben Wirtschaftsmächte in Japan zeigte die Differenzen in aller Deutlichkeit, insbesondere was die amerikanische Unfähigkeit betrifft, ein wirksames Energiesparprogramm im eigenen Land durchzuführen.

Das Treffen Arafat-Brandt-Kreisky in Wien, die EG-Erklärung zum Nahen Osten Mitte Juni, die westdeutschen Initiativen, mit der PLO ins Gespräch zu kommen, haben in Israel eine verheerende Wirkung gehabt. Es war sogar von der Abberufung des israelischen Botschafters in Bonn die Rede.

Die offene Hinwendung Frankreichs zu den arabischen Ländern kann den

Beobachter wenig überraschen. Frankreich kann auf eine eigene Kolonialvergangenheit im Nahen Osten zurückblicken und war immer bereit, den Arabern alles zu verkaufen, was sie nur wünschen, und seien es Waffen und Atomkraftwerke. Bezeichnend ist auch, daß sofort nach der US-Erklärung über eine Interventionstruppe Paris seinerseits die Aufstellung einer ähnlichen Streitkraft mitgeteilt hatte.

Die PLO marschiert weiter

Auf den ersten Blick könnte es so scheinen, daß die PLO, überhaupt wenn man den Vergleich mit der Mitte der 70er Jahre macht, sich derzeit in einer abebbenden Bewegung befindet. Sie werden im Libanon angegriffen, sie stehen auf Kriegsfuß mit dem Irak, nach wie vor bedroht durch die Uneinigkeit der arabischen Länder und noch immer geächtet durch die USA. Es ist also nicht überraschend, daß Arafat seine Haltung gegenüber den USA versteift hat, indem er zu einem arabischen Boykott aufrief. Es ist naheliegend, daß die jüngste Verhärtung der Saudis gegenüber den USA letztlich eine partielle Verwirklichung einer solchen Boykott-Strategie darstellt.

Aber es schient – wie nicht nur der "Fall" Young es bestätigt – zwischen US-Vertretern und PLO Geheimkontakte gegeben zu haben, möglicherweise mit Walid Khalidi, der sich in letzter Zeit laufend an der Harvard Universität aufhält.

Es ist alles in allem, gelinde gesagt, verwirrend, noch immer auf Leute und Bewegungen zu treffen, insbesondere in den USA, aber nicht nur dort, die noch immer davon ausgehen, daß die PLO versuchen müßte, sich in die gegenwärtigen Verhandlungen über "Autonomie" einzuschalten, indem sie ihre Bereitschaft, mit Israel zu verhandeln und den israelischen Staat anzuerkennen, klar macht.

Erstens ist es lächerlich, die PLO zur Teilnahme an Gesprächen aufzufordern, zu denen sie nicht eingeladen wurde, und die von Saudi-Arabien und Jordanien gemieden wurden.

Zweitens hat die PLO und ihr Nationalrat bereits klagemacht, daß sie im Rahmen der Genfer Verhandlungen gemeinsam mit Vertretern Israels teilzunehmen bereit ist. Es sind die Israelis, die sich weigern, mit der PLO zu reden. Auch das Einverständnis der PLO, die von den Israelis wieder geräumten besetzten Gebiete als Palästinesisches Staat zu übernehmen, zeigt ihre Entschlossenheit, mit dem israelischen Staat Seite an Seite zu leben. ■

(Aus Peace Press, London, April, Mai, Juni 1979 zusammengestellt und übersetzt von Zsolt Patka.)

Der Schah ging, der Schrecken bleibt

Der grausame Vernichtungsfeldzug, den Khomeiny gegen die kurdische Minorität im Iran führen läßt, ist ein neuer, abschreckender Höhepunkt dessen, was national-reaktionäre Kreise heute nur noch "islamische Revolution" nennen.

Schon früh, von Anbeginn an, war der widersprüchliche Charakter der Anti-Schah-Bewegung offensichtlich. Die Bewegung umfaßte alle Bevölkerungsschichten, alle politischen Lager, den reaktionären Klerus ebenso wie die streikenden Erdölarbeiter, den Bazar ebenso wie die Staatsbeamten. Von den drei Alternativen, die real auf Regierungsebene standen, verhiß keine Gutes: Bahtiar, in seiner Eigendefinition Sozialdemokrat, ein Mann mit exzellenten Beziehungen speziell zum europäischen Imperialismus; Bazargan, der Mann des Bazars, späterer Ministerpräsident ohne jeglichen Einfluß, Chef einer provisorischen Regierung, deren Macht am eigenen Schreibtisch endete; Khomeiny schließlich, ein Symbol des Widerstandes gegen den Schah, unkorumpiert, unverdächtig, ein zunächst glaubwürdiger Antiimperialist, dessen wahrer Charakter sich erst im Verlauf der Ereignisse zeigte.

Die ideologische Rolle des Islams

Im Bewußtsein der iranischen Bevölkerung hat der Islam, speziell seine schiitische Ausformung, andere Bedeutung als in Europa landläufig unter Religion verstanden wird. Der zerstörende Einfluß des Imperialismus auf alle Lebensbereiche, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche, der gern auch unter dem Begriff der "Verwestlichung" zusammengefaßt wird, verdeutlicht die antiimperialistische Ausformung der Besinnung auf eigene, nationale Würde. Die Geschichte der nationalen Entwicklung des Irans ist mit dem Islam aufs Engste verbunden. Die Rückbesinnung auf dessen zentrale Werte, der Brüderlichkeit, der Freiheit, der menschlichen Würde scheint ein Lebensprinzip anzureißen, daß dem erfahrenen Imperialismus positiv entgegengestellt wird.

Darüber hinaus war es gerade der schiitische Klerus, der stets auf Distanz zum Kaiserhaus gegangen war, zum Teil auch Opposition organisierte. Durchaus fortschrittliche islamische Geistliche, wie etwa der Ayatola von Teheran, Tallergani, festigten das progressive, anti-imperialistische Image des Islams. Sozialrevolutionäre Gruppierungen wie die Volksmuhayyedin bezogen sich ebenso auf den Islam. Aber nicht sie konnten die Revolution für sich entscheiden.

Die Opposition in der Defensive

Khomeiny gelang es von Anfang an, seinem anti-imperialistischen Image organisatorischen Halt zu geben. Unter Ver-



zucht auf ein deklariertes Wirtschafts-, Sozial- und politisches Programm gelang es ihm, sich sowohl der Unterstützung des Volkes als auch nahezu aller politischen Gruppierungen im Iran zu versichern.

Wohl hatte die von ihm proklamierte islamische Revolution von Anbeginn reaktionäre Züge: Unter Berufung auf die islamische Sittenlehre wurde die Würde der Frau aufs Größte verletzt, ihre Rolle in klassischer Unterwerfung definiert. Wohl wurden schon früh neben den schlimmsten Agenten und Folterknechten des alten Schahregimes auch Homosexuelle hingerichtet, wohl schienen die Befriedungssappelle Khomeinys hohl angesichts der realen Verhältnisse, wohl schien seine Demagogie unerträglich; aber es schien eine Kinderkrankheit einer Bewegung zu sein, von der der persische Schriftsteller Djavadi sagte: "Unsere Demokratie ist wie ein Säugling mit vielen Kinderkrankheiten. Erwartet nicht von uns, daß wir in einer Nacht die Freiheit und Demokratie schaffen, die ihr noch immer zu erreichen versucht."

Jedoch: Die anti-imperialistischen, republikanischen Phrasen der reaktionären Mullahs zeigten immer stärker ihre wahre Fratze. Auf die revolutionäre Begeisterung der Massen gestützt, konnte Khomeiny zunächst sein vollkommen inhaltsloses Plebiszit durchführen lassen: Monarchie oder islamische Republik war die Fragestellung, andere waren nicht zugelassen. Die Inhalte begannen sich nach dem Plebiszit zu zeigen: Statt gewählter Volksregierung die Einsetzung eines bis heute geheimen "Islamischen Revolutionsrates", statt basisdemokratischer Komitees die Aufstellung einer neuen Geheimpolizei, der Savach, die die Khomeiny-Komitees vollständig kontrolliert, statt demokratischer, freier

Lebensverhältnisse das eiserne Korsett der strengen islamischen Religionsvorschriften, statt einer den Interessen der Bevölkerung entsprechenden Minoritätenpolitik amerikanische F-2 Bomber gegen die demokratischen Forderungen der Kurden. Neue Knechtschaft also statt neuer Freiheit insgesamt.

Die jüngste Kampagne Khomeinys gegen die Demokraten hat – wie schon erwartet – als erstes die Linke betroffen: Die moskautreue Tudeh-Partei, die Khomeiny von Anfang an kritiklos unterstützte, ist verboten und verfolgt. In der Stadt Ahwaz sind derzeit 12 Mitglieder der trotzkistisch orientierten "Sozialistischen Arbeiterpartei" von Todesurteilen im üblichen Schnellverfahren bedroht. Die Kämpfe der Ölarbeiter sind schon lange als dem Islam widersprechend verurteilt. Die meisten linken Gruppen arbeiten im Untergrund.

Der Versuch, den Aufstand der Kurden niederzuschlagen, entstanden aus der völligen Ablehnung des Ayatholas, über die Autonomiewünsche der Kurden zu verhandeln, ist nur ein weiteres Moment, ein schlimmes freilich, ein blutiges. Mit Verleumdungen der übelsten Sorte (Zusammenspiel des internationalen Imperialismus, des Zionismus und des Iraks, der selbst gegenüber den Kurden extrem repressive Politik betrieben hatte stecke hinter den Wünschen der Kurden, so behauptet Khomeiny) wird Völkermord vorbereitet.

Alternativen sind derzeit kaum in Sicht, der Imperialismus freilich winkt wieder verschämt mit dem Schah, leise, aber deswegen umso bedrohlicher.

Ronny Pohoryles ■

Es geht nicht um Almosen

“Bald sind wir schon soweit, daß es nur noch zwei blockfreie Nationen auf der Welt gibt: die USA und die Sowjet-Union”, meinte laut “Spiegel” ein Mitglied der indochinesischen Delegation bei der 6. Konferenz der Blockfreien in Havanna. Und spielte damit auf die Haltung des Gastgeberlandes an, das schon bei der Vorbereitungskonferenz in Belgrad im Juli 1978 mit aller Deutlichkeit darauf verwies, seine starke Position zu einer Stärkung des Einflusses des sowjetischen Blockes auf die Blockfreien nutzen zu wollen – um damit das Fernbleiben jener Delegation nahezu legen, die westlich orientierten Ländern der Dritten Welt entstammen.

Freilich, Ökonomie hat noch allemal entscheidenden Einfluß auf die Politik: Gerade in den immer härter werdenden Auseinandersetzungen der Länder der Dritten Welt, die als unmittelbare Folge der Jahrhunderte dauernde n imperialistischen Ausplünderung und Ausbeutung noch immer in der Ökonomie des Elends stecken und den Industriestaaten hat sich eine Plattform gemeinsamer Interessen der Länder der Dritten Welt gezeigt, bei allen Widersprüchen unter diesen. Auch die temporäre Privilegierung der erdölproduzierenden Länder enthebt diese nicht der Mitwirkung am gemeinsamen Druck; und diese Privilegierung ist auch erst jüngsten Datums.

Nord-Süd-Konflikt nimmt an Härte zu

Ende der fünfziger Jahre hatten die Gründerstaaten der Blockfreien, zu denen als wichtigste Jugoslawien, Indien, Ägypten und Indonesien gehörten, das Prinzip der Blockfreien im Begriff der “Äquidistanz”, der gleichmäßigen Distanz also zum imperialistischen Block und dem des Warschauer Paktes formuliert. Den Wunsch nach dieser eigenständigen Politik hatte zwei wesentliche Grundüberlegungen formuliert: Zunächst die Sicherung des Friedens, die Verhinderung der Führung von Stellvertreter-Kriegen aus Abhängigkeiten in einer um die beiden Blöcke zentrierten Welt. Diese Abhängigkeiten schienen nur vermeidbar in einer gemeinsamen minimalen Plattform, basierend auf der Achtung vor der Souveränität der einzelnen Mitgliedsländer. Dann die Vorantreibung der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung, basierend auf den Prinzipien der Solidarität, in der gegenseitigen Hilfe ebenso wie in der

Formulierung von Forderungen gegenüber den entwickelten Nationen, mit dem Recht des Ausgeplünderten gegenüber den imperialistischen Plünderern von ehemals, den Ausbeutern von heute. Das Konzept konnte nur Zielvorstellungen formulieren, die der Realität nur ungenügend entsprachen, erst recht heute entsprechen. Aber diese Zielvorstellungen waren stark genug, die Konferenz der Blockfreien zu einer starken Organisation werden zu lassen, wenn sie auch nicht imstande war, die Einflüsse der beiden Blöcke auf die ihnen jeweils nahestehenden Staaten der Dritten Welt auszuschalten, ja, sogar Stellvertreterkriege zu verhindern.

Das Erstarren der Dritten Welt, speziell in ihren wirtschaftlichen Auseinandersetzungen, geht sicherlich auf die Rolle der Konferenz der Blockfreien zurück. Über die Gruppe der 77, einer wirtschaftlichen Konferenz, von 77 Entwicklungsländern gegründet, längst die meisten Blockfreien umfassend, erzwang die Dritte Welt die Aufnahme ernsthafter Verhandlungen mit den kapitalistischen Industrienationen – die COMECON-Staaten haben – bislang noch erfolgreich – dem Druck der Entwicklungsländer ausweichen können. Die ersten massiven Konflikte traten bei dem als Nord-Süd-Dialog bekannten Ringen um eine neue Weltwirtschaftspolitik auf, in dem die Dritte Welt massiv Reparationen statt Almosen, obendrein anrühige, forderte. Wohl endeten alle drei Nord-Süd-Konferenzen mit unverbindlichen Absichtserklärungen und nur geringfügigen Änderungen. Der Druck der Dritten Welt verstärkt sich aber, muß sich verstärken angesichts der immer geringeren Bereitschaft der kapitalistischen Staaten, angesichts eigener wirtschaftlicher Probleme Reparationen auch zu leisten. Und er dehnt sich auch immer offener auf die Länder des sowjetischen Blockes aus. Dies hat auch Kuba nicht verhindern können.

Ein Beleg dafür war auch die Ende August 1979 beendete Konferenz der UN-Konferenz über Wissenschaft und Technologie für die Entwicklung in Wien. Es gelang den Ländern der dritten Welt wohl nicht, sämtliche Forderungen durchzusetzen, insbesondere die längerfristigen Aspekte wurden in Absichtserklärungen umgewandelt. Diese Absichtserklärungen laufen aber doch auf einen entscheidenden Positionsgewinn der Armen Welt hinaus: ein langfristiges Finanzierungsprogramm muß bis zur nächsten UN-Generalversammlung erarbeitet werden, das die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik für die Bedürfnisse der Armen Welt garantieren soll. Ein Interimfinanzierungs-

fonds soll die Zeit bis dahin überbrücken. Entscheidende Unstimmigkeiten, wie die Rolle der multinationalen Konzerne und der Technologietransfer, wurden ausdrücklich festgehalten.

Die harte Haltung der USA, die sich gegen einen eigenständigen Fonds für technologische und wissenschaftliche Entwicklung ausgesprochen hatte, zerbrach an der massiven Solidarität der Armen Welt.

Die Rolle der 6. Konferenz der Blockfreien

Angesichts dieser entscheidenden wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung scheint das Konzept der Blockfreien immer noch tragfähig. Die 5. Konferenz der Blockfreien in Colombo 1976 hatte noch sämtliche anti-imperialistische Resolutionen gebilligt. Unter dem unmittelbaren Eindruck des Sieges der “Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha über die imperialistische Aggression der Vereinigten Staaten” (Resolutionstext) war die Solidarität der Blockfreien außer Diskussion. Angesichts imperialistischer Einmischung gegen die Befreiungsbewegungen in Afrika wurde auch die kubanische militärische Unterstützung ausdrücklich gebilligt.

Die Situation hat sich seither verändert. Die Unterstützung Kubas für die äthiopische Militärregierung gegen die eritreischen Befreiungsbewegungen, die neuen Auseinandersetzungen in Indochina, haben die Blockfreien an ihre Prinzipien gemahnt. Nicht in der kubanischen, in der jugoslawischen Haltung fand dies schließlich seinen Ausdruck: Der Ausbruch Ägyptens aus der Konferenz der Blockfreien steht nicht mehr zur Diskussion; der Kompromiß, keine der beiden kambodschanischen Delegationen zu akkreditieren, stand schon vor Kongreßbeginn fest; gegenüber der kubanischen Haltung der Stärkung eines Bündnisses mit den Ländern des sowjetischen Blocks wird sich das tradierte Konzept der Äquidistanz durchsetzen.

Und, ein Symbol des moralischen Anspruchs der Blockfreien: das jüngste der 96 Mitgliedstaaten, die Islamische Republik Iran, wird von der Konferenz mit dessen Verfolgung der Kurden konfrontiert werden.

Die politische, wenn auch relativ breite Einheit, wie sie demonstrativ in einem vierstündigen Gespräch zwischen den beiden Hauptkontrahenten Castro und Tito vor Konferenzbeginn manifestiert wurde, bleibt erhalten. Die gemeinsamen Interessen gilt es durchzusetzen, gegen die Blöcke der “Entwickelten”.

Ronny Pohoryles ■

bücher

Erna M. Johansen, Betrogene Kinder. Eine Sozialgeschichte der Kindheit.

Fischer, Frankfurt/Main 1978 (Fischer-Taschenbuch 6622); Preis: DM 7.50.

Die Verfasserin ist 1911 als Arbeiterkind in Mecklenburg geboren und in ärmlichen Verhältnissen groß geworden. Ihren Beruf als Sozialfürsorgerin konnte sie im Faschismus (1933-1945) nicht ausüben. Seit 1945 war sie in der Elternarbeit tätig und arbeitet jetzt in der Berliner(West)-Bezirksfürsorge. Das Buch ist spannend und anregend geschrieben und reichlich illustriert. Erna Johansen hat in diesem Buch alle Ergebnisse der Familienforschung ausgewertet und zeichnet die Lage der Kinder in Europa seit dem 16. Jahrhundert. Es ist eine einzige Leidensgeschichte. Zertrümmert wird nicht nur die idyllische Familienideologie der Bourgeoisie sondern auch das Märchen von der Großfamilie der "guten, alten Zeit". Diese Großfamilie hat es nie gegeben. Wir erfahren in dem Buch viel über die Lebensverhältnisse des arbeitenden Volkes am Beginn des Bürgerlichen Zeitalters. Die Gewalt gegen Kinder, die in diesem Buch historisch verfolgt wird, ist fast unbeschreiblich. Das Buch macht sehr sensibel für die Veränderlichkeit von Familie, Erziehung und Kindheit. Die heutigen Verhältnisse werden in ihrer Entstehung (materialistisch) nachgezeichnet. Für jeden, der Erziehungsverhältnisse verändern will, ist dieses 268 Seiten umfassende Werk eine Pflichtlektüre.

Ekkehard v. Braunmühl, u.a.: Die Gleichberechtigung des Kindes

Fischer, Frankfurt/Main, 1976 (Fischer Taschenbuch 6338), Preis: DM 5.80

Die Autoren sind: Ein Richter, ein Professor für Sozialpädagogik, ein freier Publizist.

Das Buch ist von bürgerlichen Intellektuellen für antiautoritär aufgeklärte Mittelschicht Eltern geschriebenes Buch. Es versteht sich "als Programm zur Beendigung des Erziehungskrieges zwischen den Generationen."

Der Grundtenor des Buches ist die "Antipädagogik", so wie es auch eine Antipsychiatrie gibt. Die Grundthese der Anti-Pädagogik lautet: Erziehung ist Entmündigung. Das Kind muß sobald es gehen und sprechen kann, als eigene, autonome Persönlichkeit respektiert werden. Pädagogik schafft erst jene Probleme, die sie dann lösen will. Wir dürfen zu Kindern kein erzieheri-

ches Verhältnis, sondern ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen gleichberechtigten Partnern haben. Deshalb der Titel des Buches: Gleichberechtigung des Kindes.

Das Buch ist deshalb so spannend, weil es zeigt, wie die antiautoritäre Schüler- und Studentenbewegung von der Bourgeoisie aufgegriffen worden ist, wie sich die bürgerlichen Erziehungsnormen gewandelt haben.

Das Buch bietet ein musterhaftes Lehrbeispiel, wie die idealistisch verfahrenende bürgerliche Pädagogik vorgeht: Ursache für die Gewalt gegen Kinder sind repressive pädagogische Ideen. Eine neue pädagogische Idee, eine neue "partnerschaftliche Einstellung" zu den Kindern löst die Erziehungsprobleme. Damit sich diese Idee auch durchsetzen kann, muß das Kind dem Erwachsenen auch rechtlich gleichgestellt werden.

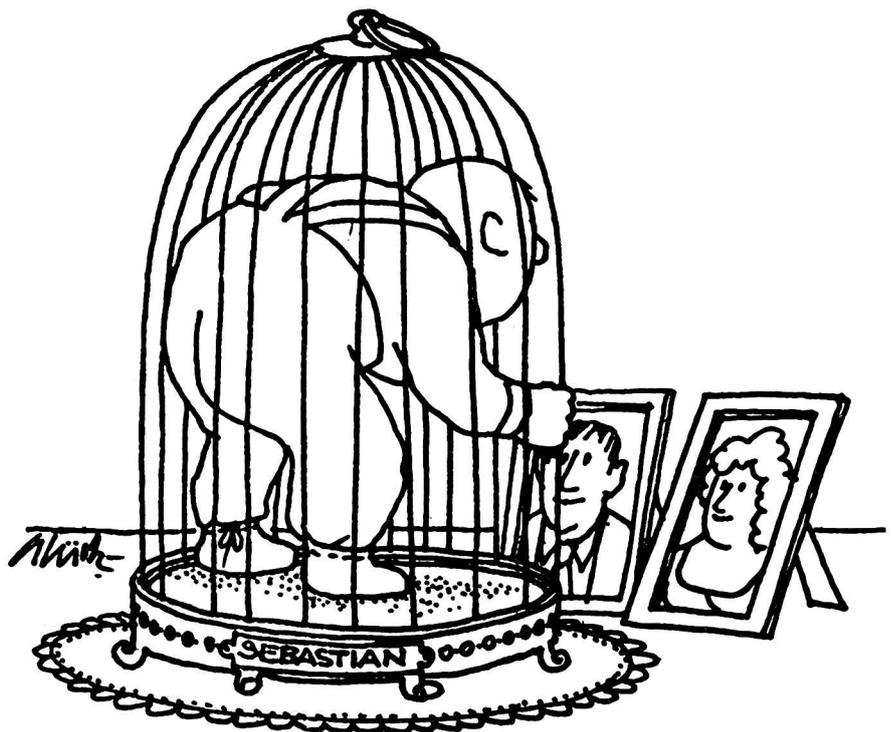
Eine Lektüre dieses Buches macht vieles deutlicher. Es hilft auch sozialistischen Erziehern und Eltern manches an eigenen, überkommenen Vorurteilen zu überwinden. Vor allem wird einem nach dem Lesen dieses Buches eines total klar: Erziehung ist hauptsächlich Dressur. Aber eine Dressur zur Freiheit, erklärtes Ziel "emanzipatorischer" Pädagogik ist schon sprachlich ein Unsinn. Selbstbestimmtes Handeln lernt man nur in Verhältnissen, die allen Beteiligten echte Selbstbestimmung ermöglichen. Auch Kindern.

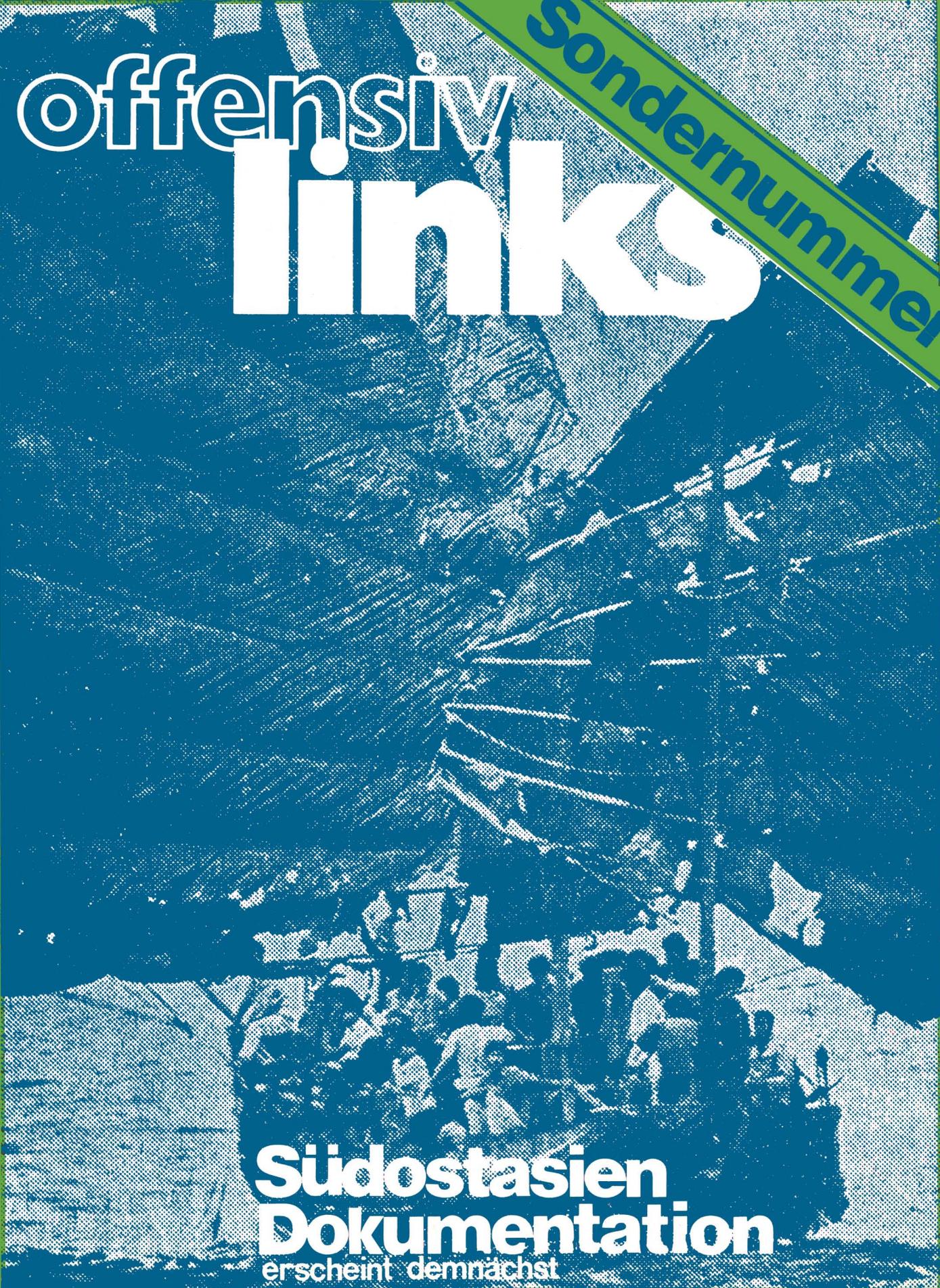
Wenn man das Buch liest, dann wird es zum radikalen Plädoyer für sozialistische Verhältnisse, Die Autoren glauben, daß wir bereits in solchen freien Verhältnissen leben. Damit reflektieren sie aber so recht und schlecht nur die Verhältnisse ihrer Klasse. Was sie für ihre Klasse beanspruchen müssen wir für alle beanspruchen. Die Forderungen dieses Buches – sozialistisch umgelegt – weisen die Richtung der notwendigen Kulturrevolution. Ich wünsche dem Buch eine große Verbreitung.

Arbeitsgruppe Kinderschutz: Gewalt gegen Kinder. Kindermißhandlungen und ihre Ursache.

Rowohlt, Reinbeck bei Hamburg, 1975 (rororo Sachbuch 6934), Preis DM 9.80
Das Buch hat 382 Seiten und ist als Handbuch und Nachschlagwerk von einer Berliner Soziologengruppe erstellt worden. Sehr empfehlenswert! Es bietet marxistische Analysen zum Problem der Möglichkeiten und Grenzen nichtgewaltsamer Erziehung. Es hat reichhaltiges Material zu diesem Thema übersichtlich dargestellt. Eine ausführliche Bibliographie eröffnet den Zugang zu weiterer Literatur.

Günther Gettinger ■





offensiv
links

Sondernummer

**Südostasien
Dokumentation**
erscheint demnächst